

Millenniums-Entwicklungsziele



VEREINTE NATIONEN

Bericht 2007



Dieser Bericht beruht auf einem Stammdatensatz, der von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele unter der Führung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten im Sekretariat der Vereinten Nationen zusammengestellt wurde. Damit wurde dem Wunsch der Generalversammlung nach einer regelmäßigen Fortschrittsbewertung hinsichtlich der Ziele entsprochen. Die Gruppe besteht aus Vertretern der nachstehend aufgeführten internationalen Organisationen, zu deren Aufgaben die Erstellung einer oder mehrerer der statistischen Indikatorreihen gehört, die für die Überwachung des Umsetzungsstands der Ziele für geeignet befunden wurden. Weitere Beiträge stammten von Statistikern einzelner Länder sowie von externen sachverständigen Beratern.

INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION

ERNÄHRUNGS- UND LANDWIRTSCHAFTSORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN

ORGANISATION DER VEREINTEN NATIONEN FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT UND KULTUR

WELTGESUNDHEITSORGANISATION

WELTBANK

INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

INTERNATIONALE FERNMELDEUNION

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR AFRIKA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR EUROPA

WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR LATEINAMERIKA UND DIE KARIBIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR ASIEN UND DEN PAZIFIK

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALKOMMISSION FÜR WESTASIEN

GEMEINSAMES PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR HIV/AIDS

KINDERHILFSWERK DER VEREINTEN NATIONEN

HANDELS- UND ENTWICKLUNGSKONFERENZ DER VEREINTEN NATIONEN

ENTWICKLUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE FRAU

ENTWICKLUNGSPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

UMWELTPROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN

RAHMENÜBEREINKOMMEN DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER KLIMAÄNDERUNGEN

AMT DES HOHEN FLÜCHTLINGSKOMMISSARS DER VEREINTEN NATIONEN

PROGRAMM DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHLICHE SIEDLUNGEN

BEVÖLKERUNGSFONDS DER VEREINTEN NATIONEN

INTERPARLAMENTARISCHE UNION

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

WELTHANDELSORGANISATION

Millennium- Entwicklungsziele Bericht 2007



VEREINTE NATIONEN

NEW YORK 2007



Vorwort

Seit ihrer Verabschiedung durch alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen im Jahr 2000 sind die Millenniums-Erklärung und die Millenniums-Entwicklungsziele zu einem universalen Rahmen für die Entwicklung und zu einem Instrument geworden, mittels dessen die Entwicklungsländer und ihre Entwicklungspartner kooperativ auf eine gemeinsame Zukunft für alle hinarbeiten können.

Wir befinden uns jetzt auf halbem Weg zwischen der Verabschiedung der Millenniums-Entwicklungsziele und dem Zieljahr 2015. Unsere kollektive Bilanz fällt bisher gemischt aus. Die in diesem Bericht vorgelegten Ergebnisse deuten darauf hin, dass einige Fortschritte erzielt wurden und in den meisten Teilen der Welt Erfolg noch möglich ist. Sie zeigen jedoch auch, wie viel noch zu tun bleibt. Es ist offenkundig notwendig, dass die politischen Führer dringend konzertierte Maßnahmen ergreifen. Sonst werden sich die grundlegenden Verheißungen der Millenniums-Entwicklungsziele für viele Millionen Menschen zu ihren Lebzeiten nicht verwirklichen lassen.

Die Millenniums-Entwicklungsziele sind noch erreichbar, wenn wir jetzt handeln. Dafür sind eine integrative, solide Regierungsführung, höhere öffentliche Investitionen, Wirtschaftswachstum, höhere Produktionskapazitäten und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze erforderlich. Die Erfolge einiger Länder zeigen, dass rasche und großflächige Fortschritte bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele möglich sind, wenn eine starke Führung seitens der Regierungen, eine gute Politik und praktische Strategien für die Aufstockung öffentlicher Investitionen in wesentlichen Bereichen mit ausreichender finanzieller und technischer Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft einhergehen.

Damit die Ziele erreicht werden können, müssen unter nationaler Eigenverantwortung stehende Entwicklungsstrategien und Haushaltspläne auf die Ziele abgestimmt werden. Flankierend bedarf es einer angemessenen Finanzierung über die weltweite Entwicklungspartnerschaft und ihren Rahmen für gegenseitige Rechenschaftspflicht.

Die Welt legt keinen Wert auf neue Versprechungen. Oberstes Gebot ist jetzt, dass alle Interessenträger die in der Millenniums-Erklärung, der Konferenz von Monterrey über Entwicklungsfinanzierung 2002 und dem Weltgipfel 2005 abgegebenen Zusagen vollständig erfüllen. Insbesondere die Tatsache, dass die öffentliche Entwicklungshilfe seit 2004 nicht wesentlich erhöht wurde, macht die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele selbst für Länder mit guter Regierungsführung unmöglich. Wie aus diesem Bericht klar hervorgeht, müssen den Ländern ausreichende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die so berechenbar sind, dass sie die Aufstockung ihrer Investitionen wirksam planen können. Die diesbezüglichen Zusagen wurden jedoch bisher nicht erfüllt.

Ich empfehle diesen Bericht als eine wichtige Ressource zur Verdeutlichung dessen, was erreicht werden kann, und dessen, was noch alles zu tun bleibt. Verlässliche und zeitnahe Informationen sind ausschlaggebend für die Formulierung der Politiken und Strategien, die notwendig sind, um Fortschritte zu gewährleisten, die Entwicklung zu überwachen und die Millenniums-Entwicklungsziele erreichbar zu machen.



BAN KI-MOON

Generalsekretär der Vereinten Nationen

Überblick

Halbzeitbericht über die Fortschritte bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele

In der Millenniums-Erklärung wurde das Jahr 2015 als Frist für die Erreichung der meisten Ziele gesetzt. Jetzt, nach etwa der Hälfte dieses 15-Jahres-Zeitraums, gehen die Daten ein, die Rückschlüsse auf die während des ersten Drittels dieses Zeitraums erzielten Fortschritte zulassen.

Dieser Bericht ist die bisher umfassendste globale Fortschrittsbewertung und beruht auf einem Datensatz, der von einer Vielzahl internationaler Organisationen innerhalb und außerhalb des Systems der Vereinten Nationen erstellt wurde.

Wie zu erwarten war, sind die Ergebnisse nicht einheitlich. In den Jahren seit 2000, als sich die politischen Führer der Welt die Millenniums-Erklärung zu eigen machten, waren einige greifbare, weitreichende Erfolge zu verzeichnen. In dem Bericht klingt erfreulicherweise an, dass sogar in den Regionen, in denen die größten Herausforderungen bestehen, gewisse Fortschritte erzielt werden. Dies beweist das beispiellose Engagement der Entwicklungsländer und ihrer Entwicklungspartner für die Millenniums-Erklärung und zeigt, dass es gewisse Erfolge beim Aufbau der in der Erklärung geforderten weltweiten Partnerschaft gegeben hat.

Aus den Erfolgsbeispielen geht hervor, dass die meisten Länder die Millenniums-Entwicklungsziele erreichen können, jedoch nur, wenn sofort zusätzliche konzertierte Maßnahmen ergriffen und bis 2015 kontinuierlich weitergeführt werden. Alle Interessenträger müssen die von ihnen in der Millenniums-Erklärung und späteren Dokumenten eingegangenen Verpflichtungen in ihrer Gesamtheit erfüllen.

Nachstehend einige Erfolgsbeispiele:

- Der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen ging zwischen 1990 und 2004 von beinahe einem Drittel auf weniger als ein Fünftel zurück. Setzt sich dieser Trend fort, so wird das Millenniums-Ziel der Armutsminderung für die Welt insgesamt sowie für die meisten Regionen erreicht werden.
- Die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen in Afrika südlich der Sahara hat sich stabilisiert, und die Armutsquote ist seit 2000 um beinahe sechs Prozentpunkte gesunken. Dennoch befindet sich die Region nicht auf dem Weg zur Erreichung des Ziels, die Armut bis 2015 zu halbieren.
- Bei der Erhöhung der Schulbesuchsquote in den Entwicklungsländern wurden Fortschritte erzielt. In den Grundschulen stieg diese Quote von 80 Prozent im Jahr 1991 auf 88 Prozent im Jahr 2005. Diese Fortschritte stellten sich größtenteils nach 1999 ein.
- Die politische Teilhabe der Frauen hat, wenn auch langsam, zugenommen. Selbst in Ländern, in denen zuvor nur Männer zu Wahlämtern zugelassen waren, sind jetzt auch Frauen in den Parlamenten vertreten.
- Die Kindersterblichkeit ist weltweit zurückgegangen, und es zeigt sich, dass die Zahl der Sterbefälle auf Grund von Krankheiten, die die meisten Todesopfer unter Kindern fordern – darunter Masern –, durch geeignete lebensrettende Interventionsmaßnahmen wirksam gesenkt wird.
- Wichtige Interventionsmaßnahmen zur Malariabekämpfung wurden ausgeweitet.

- Die Tuberkulose-Epidemie scheint nun endlich im Rückzug begriffen, doch reichen die Fortschritte nicht aus, um die Tuberkuloseprävalenz und die Sterblichkeitsraten bis 2015 zu halbieren.

Die Betrachtung der bisherigen Ergebnisse zeigt auch, wie viel noch zu tun bleibt und wie viel mehr erreicht werden könnte, wenn alle Beteiligten die von ihnen bereits abgegebenen Zusagen vollständig erfüllten. Derzeit ist nur eine der acht in diesem Bericht genannten Regionalgruppen auf dem besten Weg zur Verwirklichung aller Millenniums-Entwicklungsziele. Im Gegensatz dazu sind die Länder Afrikas südlich der Sahara den Schätzungen zufolge am weitesten davon entfernt. Selbst Regionen, die erhebliche Fortschritte erzielt haben, darunter Teile Asiens, sehen sich auf Gebieten wie der Gesundheit und der Umweltverträglichkeit Herausforderungen gegenüber. Allgemein stellen der Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen, die Ungleichstellung der Geschlechter, die rasche und planlose Verstädterung, die Entwaldung, die zunehmende Wasserknappheit und die hohe HIV-Prävalenz weit verbreitete Hindernisse dar.

Darüber hinaus werden langfristige Entwicklungsanstrengungen durch Unsicherheit und Instabilität in Konflikt- und Postkonfliktländern extrem erschwert. Umgekehrt kann die Nichterreichung der Millenniums-Entwicklungsziele das Instabilitäts- und das Konflikt-risiko weiter erhöhen. Und doch werden Entwicklung und Sicherheit, über deren Interdependenz auf fachlicher Seite Einigkeit besteht, bei internationalen Maßnahmen nur allzu oft getrennt voneinander behandelt.

Nachstehend einige der wesentlichen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt:

- Jedes Jahr sterben nach wie vor mehr als eine halbe Million Frauen an behandelbaren und vermeidbaren Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt. In Afrika südlich der Sahara liegt das Risiko einer Frau, im Lauf ihres Lebens an derartigen Komplikationen zu sterben, bei 1:16, in den entwickelten Ländern dagegen bei 1:3.800.
- Setzt sich der gegenwärtige Trend fort, so wird das Ziel, den Anteil untergewichtiger Kinder zu halbieren, um 30 Millionen Kinder verfehlt werden, was hauptsächlich auf die schleppenden Fortschritte in Südasien und in Afrika südlich der Sahara zurückzuführen ist.
- Die Zahl der Aids-Toten stieg im Jahr 2006 auf weltweit 2,9 Millionen an, und die Präventivmaßnahmen können mit der Ausbreitung der Epidemie nicht Schritt halten. Im Jahr 2005 waren 15 Millionen Kinder durch Aids zu Waisen oder Halbwaisen geworden.
- Die Hälfte der Bevölkerung der Entwicklungsländer verfügt über keine grundlegende Sanitärversorgung. Zur Erreichung des entsprechenden Millenniums-Entwicklungsziels müssten im Zeitraum 2005-2015 zusätzlich 1,6 Milliarden Menschen Zugang zu einer besseren Sanitärversorgung erhalten. Bei Fortsetzung des seit 1990 bestehenden Trends wird das Ziel weltweit um fast 600 Millionen Menschen verfehlt werden.
- Bis zu einem gewissen Grad spiegeln diese Situationen die Tatsache wider, dass die Vorteile des Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern ungleich verteilt sind. Vor allem in Ostasien, wo der Anteil der ärmsten Menschen am Konsum zwischen 1990 und 2004 drastisch abfiel, gibt die immer weiter auseinanderklaffende Einkommensschere Anlass zu Besorgnis.
- Den meisten Volkswirtschaften ist es nicht gelungen, Beschäftigungschancen für ihre jungen Menschen zu schaffen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist bis zu dreimal so hoch wie die Erwachsenenarbeitslosigkeit.
- An der Erderwärmung kann nun kein Zweifel mehr bestehen. Die Kohlendioxid-Emissionen, der Hauptverursacher der globalen Kli-

maänderung, stiegen zwischen 1990 und 2004 von 23 Milliarden Tonnen auf 29 Milliarden Tonnen an. Der Klimawandel wird voraussichtlich schwerwiegende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen haben, die den Fortschritt bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele aufhalten werden.

Die in diesem Bericht dargestellten Ergebnisse deuten außerdem auf Ungleichgewichte innerhalb von Ländern hin, in denen bestimmte Bevölkerungsgruppen – oftmals Bewohner ländlicher Gebiete, Kinder, deren Mütter keine Schulbildung haben, und die ärmsten Haushalte – nicht schnell genug vorankommen, um die Ziele rechtzeitig zu erreichen, selbst wenn der Rest der Bevölkerung dazu in der Lage ist. Dies ist insbesondere beim Zugang zu Gesundheitsdiensten und zur Bildung augenfällig. Zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele werden die Länder zusätzliche Ressourcen mobilisieren und gezielte öffentliche Investitionen zu Gunsten der Armen tätigen müssen.

Rasche und umfangreiche Fortschritte sind möglich

Mehrere Entwicklungsländer beweisen, dass rasche und großflächige Fortschritte im Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele möglich sind, wenn eine starke Führung seitens der Regierungen sowie Politiken und Strategien, die den Bedürfnissen der Armen wirksam Rechnung tragen, mit angemessener finanzieller und technischer Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft einhergehen.

Besonders eindrucksvolle Ergebnisse wurden in Afrika südlich der Sahara erzielt, unter anderem bei der Steigerung der Agrarproduktivität (beispielsweise in Malawi), der Erhöhung des Grundschulbesuchs (wie in Ghana, Kenia, Uganda und der Vereinigten Republik Tansania), der Malariabekämpfung (wie in Niger, Sambia, Sansibar und Togo), der Ausweitung des Zugangs zu gesundheitlicher Grundversorgung auf dem Land (Sambia), der großflächigen Wiederaufforstung (Niger) und der Verbesserung des Zugangs zu Wasser- und Sanitärversorgung (Senegal und Uganda). Diese Erfolgsbeispiele aus der Praxis müssen jetzt wiederholt und auf breiterer Ebene angewandt werden.

Mit Unterstützung seitens der Vereinten Nationen sind viele Entwicklungsländer – insbesondere in Afrika – bei der Formulierung von Strategien zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele vorangekommen. Bis Mitte 2007 hatten 41 Länder in Afrika südlich der Sahara damit begonnen, nationale Entwicklungsstrategien im Einklang mit den Millenniums-Entwicklungszielen und anderen im Rahmen der Vereinten Nationen vereinbarten Entwicklungszielen zu erarbeiten. Nun, zur Halbzeit, muss die internationale Gemeinschaft die Erarbeitung dieser Strategien unterstützen und die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele beschleunigen.

Im Allgemeinen sollten diese Strategien durch einen breit angelegten Ansatz ein armenfreundliches Wirtschaftswachstum zu fördern suchen, namentlich durch die Schaffung zahlreicher zusätzlicher menschenwürdiger Beschäftigungsmöglichkeiten. Dies wiederum erfordert umfassende Programme zur Förderung der menschlichen Entwicklung, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitsbereich, sowie den Aufbau von Produktionskapazitäten und die Verbesserung der materiellen Infrastruktur. In jedem Fall sollte für die Quantifizierung der zur Durchführung dieser Programme erforderlichen Ressourcen gesorgt werden. Der Durchführung sollte in Bezug auf die Ausgaben der öffentlichen Hand ein mittelfristiger Ansatz zugrunde liegen. Alle diese Anstrengungen müssen durch ein solides nationales Statistiksystem und eine gestärkte öffentliche Rechenschaftslegung unterstützt werden.

Durch die Koordinierung von Sicherheitseinsätzen und humanitären Missionen mit langfristigen Entwicklungsmaßnahmen sollten die Millenniums-Entwicklungsziele darüber hinaus systematisch in Strategien zur Konfliktnachsorge einbezogen werden. Die Millenniums-Entwicklungsziele geben Zielgrößen vor, welche die Länder beim Übergang von der Nothilfe und dem Wiederaufbau zur langfristigen Entwicklung als Richtwerte nutzen können.

Die ärmsten und am stärksten benachteiligten Länder können die Millenniums-Entwicklungsziele nicht im Alleingang erreichen. Die entwickelten Länder müssen ihre schon vor langer Zeit abgegebenen Zusagen vollständig erfüllen und bis 2015 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für öffentliche Entwicklungshilfe bereitstellen. Insbesondere muss die Gruppe der acht führenden Industrienationen ihre 2005 gegebene Zusage, die Hilfe für Afrika bis 2010 zu verdoppeln, in die Tat umsetzen, ebenso wie die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihr Versprechen einhalten müssen, bis 2015 0,7 Prozent ihres BNE für öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen. Trotz dieser Zusagen war die öffentliche Entwicklungshilfe zwischen 2005 und 2006 rückläufig und wird 2007 wegen abnehmender Schuldenerlasse voraussichtlich weiter leicht sinken.

Die Qualität der Hilfe muss verbessert werden, indem sichergestellt wird, dass sie mit den Politiken der Empfängerländer im Einklang steht und dass die Mittelströme in die einzelnen Länder ununterbrochen, berechenbar und gesichert und nicht an Käufe im Geberland gebunden sind. Die Geber sollten demnach ihre Hilfeleistungen berechenbarer machen, indem sie für jedes Empfängerland mehrjährige Auszahlungspläne für die Hilfgelder aufstellen. Ein Verwendungszweck der zusätzlichen Mittel sollte darin bestehen, in einzelnen Ländern und über diese hinaus die Zahl der schnellwirksamen Initiativen, deren Wert sich in den letzten Jahren bewiesen hat, wesentlich zu erhöhen.

Als weiteren Teil ihrer Entwicklungspartnerschaft sollten alle Regierungen, wie 2001 in Doha vereinbart, verstärkte Anstrengungen unternehmen, um die laufenden Handelsverhandlungen zu einem erfolgreichen und ausgewogenen Abschluss und zu einem Ergebnis zu führen, das gewährleistet, dass das internationale Handelssystem und die globalen Handelsvereinbarungen der Entwicklung aller Entwicklungsländer förderlicher werden.

Die Bewältigung des Problems des Klimawandels muss als neuer, jedoch integraler Bestandteil in die Entwicklungsstrategie eines jeden Landes aufgenommen werden. Noch wichtiger ist es, dem Klimawandel einen höheren Stellenwert in der internationalen Entwicklungsagenda einzuräumen. Alle Entwicklungspartner sollten bei der Formulierung einer gemeinsamen weltweiten Strategie zur Bewältigung dieses weltweiten Problems intensiv zusammenarbeiten.



JOSÉ ANTONIO OCAMPO
Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

Ziel 1 Beseitigung der extremen Armut und des Hungers

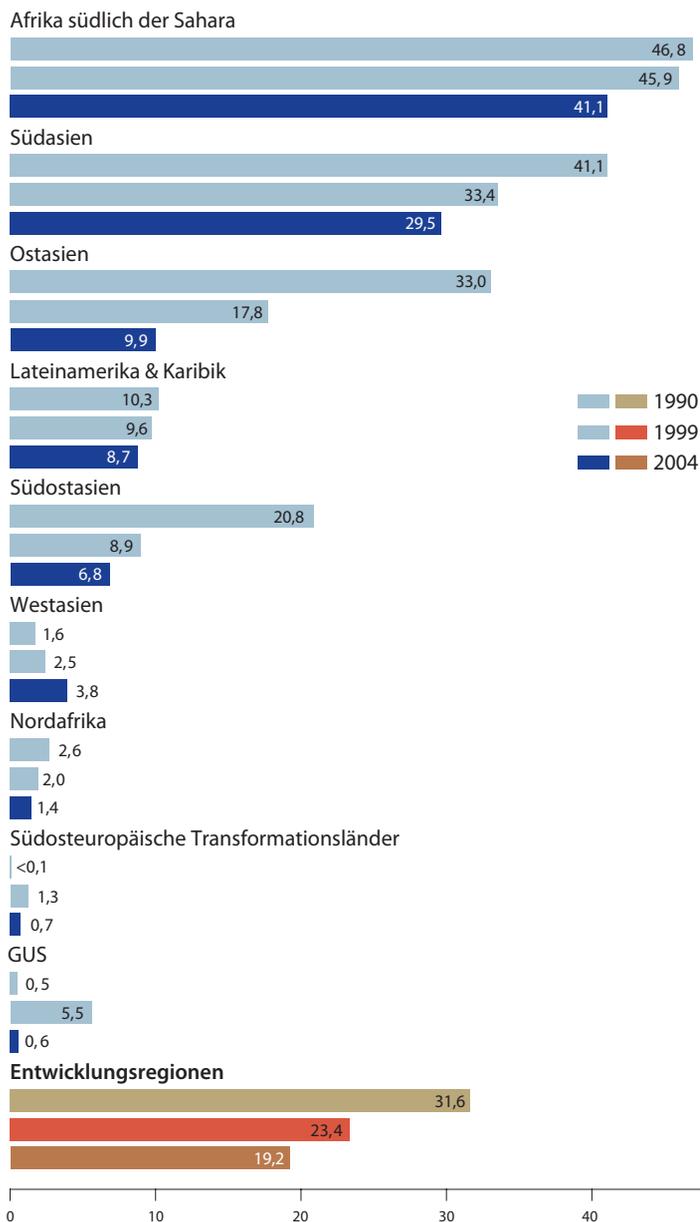


ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar pro Tag beträgt

Die extreme Armut in Afrika südlich der Sahara beginnt abzunehmen

Prozentsatz der mit weniger als 1 Dollar pro Tag lebenden Menschen – 1990, 1999 und 2004



Der Anteil der Menschen in den Entwicklungsländern, die von weniger als 1 Dollar pro Tag leben, ging weltweit von 1,25 Milliarden im Jahr 1990

auf 980 Millionen im Jahr 2004 zurück. Der Anteil der Menschen in extremer Armut ging im selben Zeitraum von beinahe einem Drittel auf 19 Prozent zurück. Wenn diese Fortschritte anhalten, wird die in der Millenniums-Erklärung gesetzte Zielvorgabe erreicht. Der Erfolg ist jedoch ungleich verteilt, da der weltweite Rückgang der Armut hauptsächlich auf das rasche Wirtschaftswachstum in Asien zurückzuführen ist. Insbesondere Ost- und Südostasien konnten einen eindrucksvollen Rückgang der Armut verzeichnen, und die Beschleunigung des Wachstums in Indien hat dafür gesorgt, dass sich auch Südostasien auf dem besten Weg zur Erreichung des Ziels befindet.

Im Gegensatz dazu hat sich die Armutsquote in Westasien zwischen 1990 und 2005 mehr als verdoppelt. Anfang der 1990er Jahre stieg die extreme Armut in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und in den südosteuropäischen Transformationsländern drastisch an. Allerdings nimmt die Armutsquote in diesen Regionen jetzt wieder ab und nähert sich den Werten der 1980er Jahre.

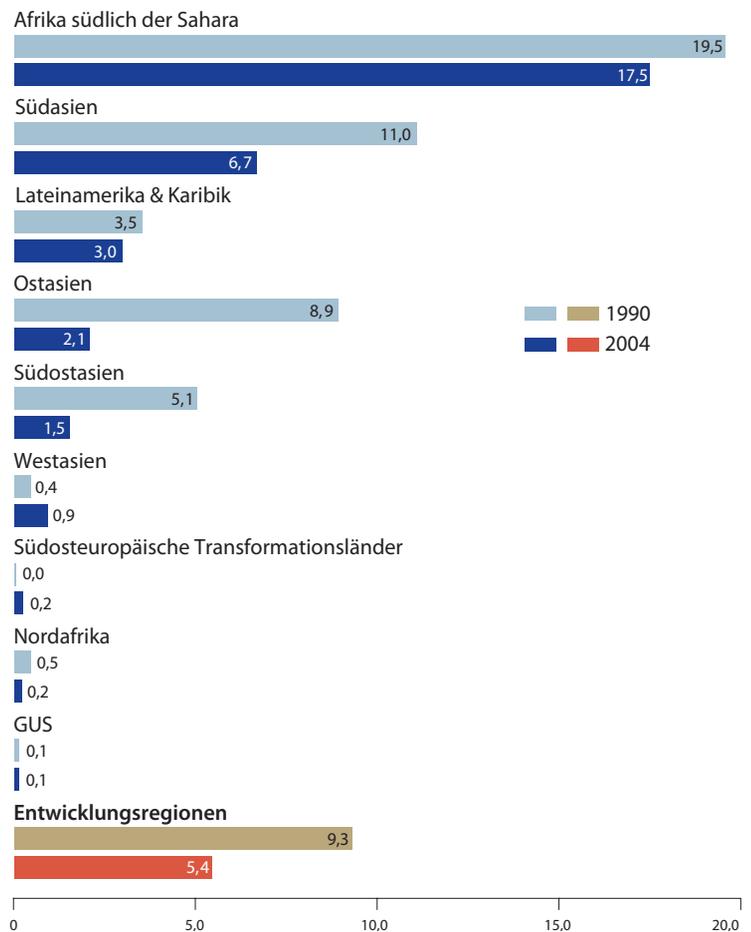
In Afrika südlich der Sahara ging der Anteil der in extremer Armut lebenden Menschen von 46,8 Prozent im Jahr 1990 auf 41,1 Prozent im Jahr 2004 zurück. Diese Fortschritte stellten sich hauptsächlich seit 2000 ein. Auch die Zahl der Menschen, die von weniger als 1 Dollar pro Tag leben, beginnt sich trotz des hohen Bevölkerungswachstums allmählich zu stabilisieren. In Afrika südlich der Sahara stieg das Pro-Kopf-Einkommen zwischen 2000 und 2005 in sieben Ländern um mehr als 3,5 Prozent pro Jahr, in 23 weiteren um mehr als 2 Prozent, was einen gewissen Zukunftsoptimismus rechtfertigt.

Neufestlegung der internationalen Armutsgrenze

Die jüngsten Armutsschätzungen stützen sich auf mehr als 500 Haushaltsbefragungen in 100 Entwicklungsländern, in denen 93 Prozent der Bevölkerung der Entwicklungsregionen leben. Die internationale Armutsgrenze beruht auf einem für die Armutsquote in Niedrigeinkommensländern repräsentativen Konsumniveau. Seit 2000 liegt die internationale Armutsquote bei 1,08 Dollar Kaufkraftparität pro Tag (Basisjahr: 1993). Im kommenden Jahr wird das Internationale Vergleichsprogramm (ICP) eine Neuschätzung der Kaufkraftparität mit Basisjahr 2005 vornehmen. Wenn dieses Maß für die relativen Lebenshaltungskosten in den einzelnen Ländern neu festgelegt ist, wird auch die internationale Armutsquote neu festgelegt werden müssen. Dies kann zu einem veränderten Verständnis des Ausmaßes und der Verteilung der globalen Armut führen.

In den meisten Regionen werden die Ärmsten etwas weniger arm

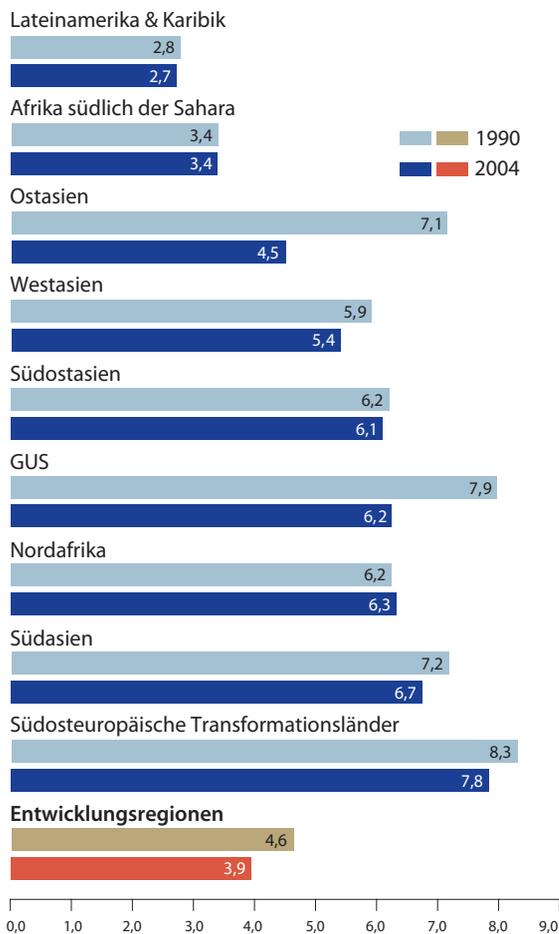
Armutslücken-Verhältnis – 1990 und 2004 (in Prozent)



In den meisten Entwicklungsregionen ist das Durchschnittseinkommen derer, die mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen müssen, angestiegen. Das Armutslücken-Verhältnis, Ausdruck der Armutstiefe und der Armutsinzidenz, ist in allen Regionen kleiner geworden, mit Ausnahme Westasiens, wo die steigende Armutsquote zu einer Erhöhung geführt hat, sowie der europäischen Transformationsländer und der GUS, wo eine geringfügige Verschlechterung beziehungsweise keine Veränderung eingetreten ist. In Ost- und Südostasien hingegen sind die Armen jetzt erheblich besser gestellt. Das Armutslücken-Verhältnis in Afrika südlich der Sahara ist trotz gewisser Verbesserungen nach wie vor das weltweit höchste, was darauf hindeutet, dass die Armen in dieser Region weltweit am stärksten wirtschaftlich benachteiligt sind.

Die Armutsminderung ging mit steigenden Disparitäten einher

Anteil des ärmsten Fünftels der Bevölkerung am nationalen Konsum – 1990 und 2004 (in Prozent)



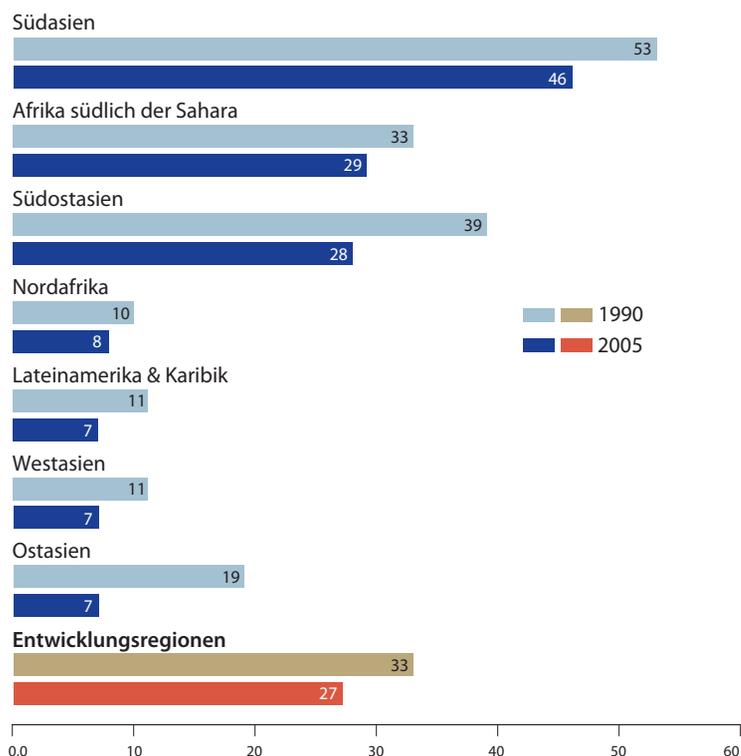
Der Nutzen aus dem Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern ist sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen ihnen weiter ungleich verteilt. Zwischen 1990 und 2004 ging der Anteil des ärmsten Fünftels der Bevölkerung am nationalen Konsum in den Entwicklungsregionen von 4,6 auf 3,9 Prozent zurück (für Länder, für die keine Konsumdaten verfügbar waren, wurden die Einkommensdaten verwendet). Die zunehmenden Einkommensdisparitäten sind in Ostasien besonders besorgniserregend, wo der Anteil der Ärmsten am Konsum in diesem Zeitraum drastisch abnahm. Dennoch ist das Ungleichgewicht in Lateinamerika und der Karibik und in Afrika südlich der Sahara am größten. Dort beträgt der Anteil des ärmsten Fünftels der Bevölkerung am nationalen Konsum (beziehungsweise am Nationaleinkommen) lediglich etwa 3 Prozent.

ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden

Der Hunger bei Kindern ist in allen Regionen rückläufig, doch die Erreichung der Zielvorgabe erfordert raschere Fortschritte

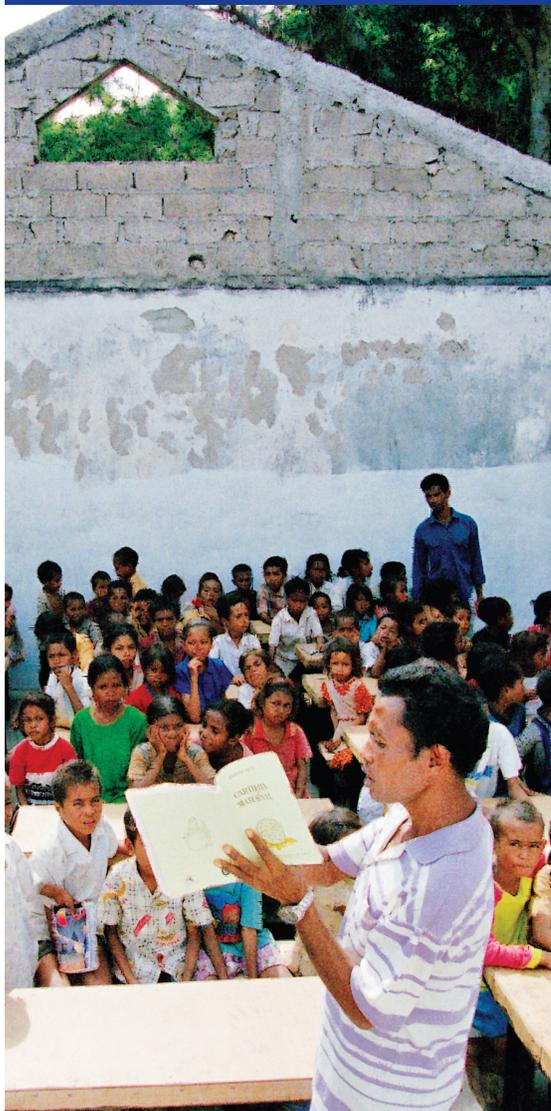
Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren – 1990 und 2005 (in Prozent)



Der Anteil der untergewichtigen Kinder unter fünf Jahren ging zwischen 1990 und 2005 weltweit um ein Fünftel zurück. Ostasien verzeichnete die stärkste Verbesserung und übertrifft die Millenniums-Zielvorgabe, was hauptsächlich auf ernährungsmäßige Fortschritte in China zurückzuführen ist. Auch Westasien und Lateinamerika und die Karibik haben erhebliche Fortschritte vorzuweisen. Dort ging der Anteil der untergewichtigen Kinder um mehr als ein Drittel zurück. Der größte Anteil Hunger leidender Kinder findet sich nach wie vor in Südasien und in Afrika südlich der Sahara. Die minimalen Fortschritte in diesen Regionen machen die Erreichung der globalen Zielvorgabe unwahrscheinlich. Setzen sich die gegenwärtigen Trends fort, so wird die Welt die Zielvorgabe für 2015 um 30 Millionen Kinder verfehlen, was im Wesentlichen bedeutet, dass diese ihr volles Potenzial nicht entfalten können.



Ziel 2 Verwirklichung der allgemeinen Grundschul- bildung

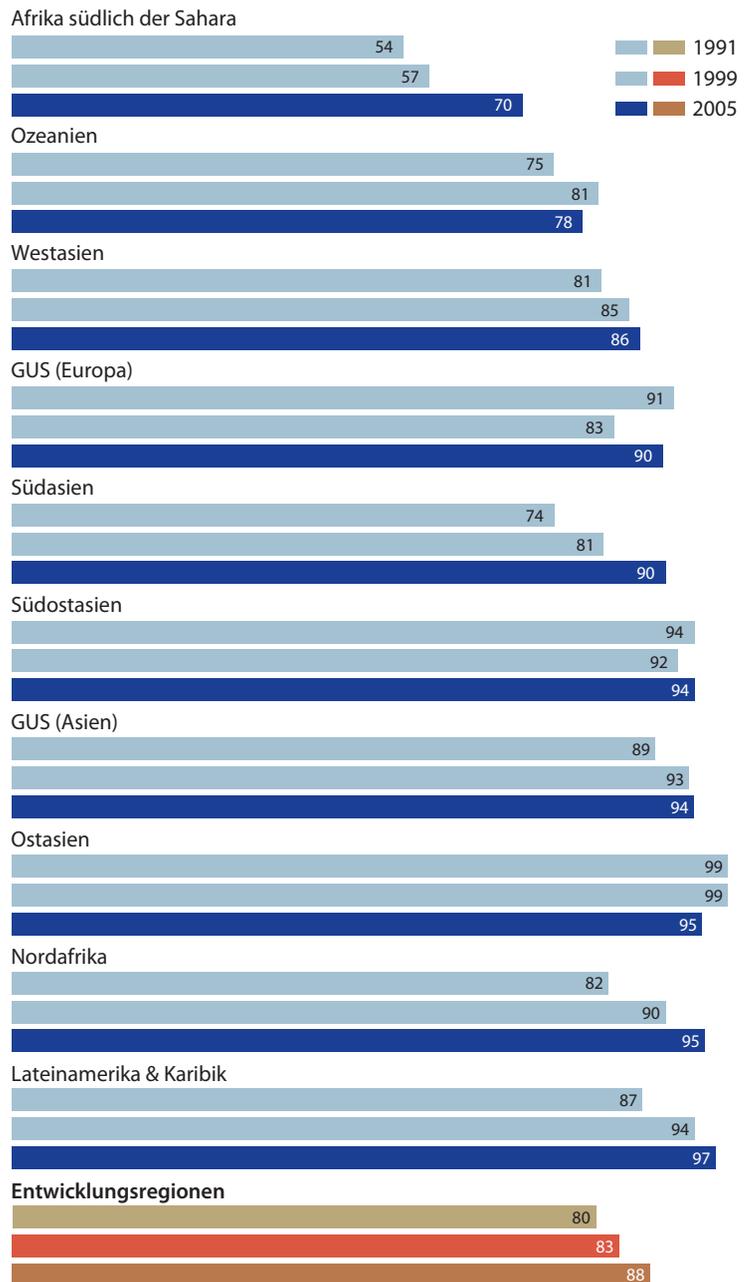


ZIELVORGABE

Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen wie Mädchen, eine Grundschulbildung vollständig abschließen können

Afrika südlich der Sahara macht in Bezug auf den allgemeinen Grundschulbesuch zwar Fortschritte, doch der Weg ist noch weit

Netto-Einschulungsquote im Grundschulbereich* (gesamt) – 1990/1991, 1998/1999 und 2004/2005 (in Prozent)

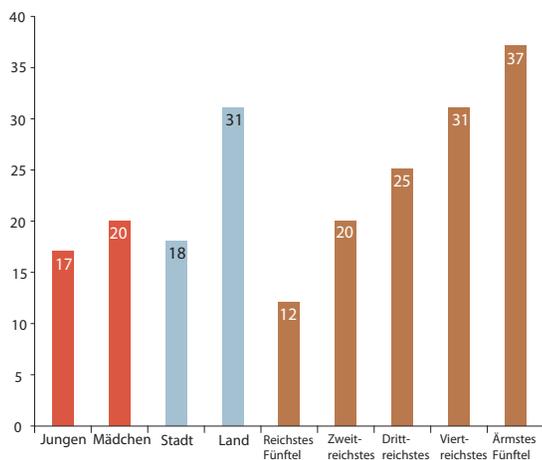


*Prozentanteil der in der Grund- oder Sekundarschulstufe eingeschriebenen Kinder im theoretischen Schulalter an der Gesamtbevölkerung dieser Altersgruppe.

Die Netto-Einschulungsquote im Grundschulbereich ist in den Entwicklungsregionen von 80 Prozent im Schuljahr 1990/1991 auf 88 Prozent im Schuljahr 2004/2005 angestiegen. Zwei Drittel dieses Anstiegs entfielen auf die Jahre nach 1999. Trotz der erheblichen Fortschritte der letzten Jahre in Afrika südlich der Sahara liegt die Region weiter hinter anderen zurück: 30 Prozent der Kinder im Grundschulalter besuchen keine Schule. In den kommenden Jahren muss mit Nachdruck dafür gesorgt werden, dass alle Kinder zur Schule gehen und ihr Recht auf eine hochwertige Bildung verwirklichen können.

Die Wahrscheinlichkeit, eine Schule zu besuchen, ist für Mädchen und für Kinder aus ärmeren oder ländlichen Familien am geringsten

Kinder im Grundschulalter, die nicht die Schule besuchen, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Wohnort und relativem Haushaltseinkommen – 2005 (in Prozent)

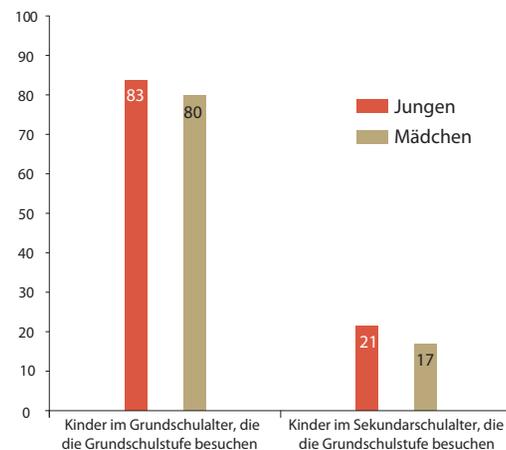


Zwar wurden Fortschritte dabei erzielt, die Zahl der Kinder zu reduzieren, die keine Schule besuchen, doch ist sie nach wie vor unannehmbar hoch. Schuleinschreibungsdaten zufolge besuchten im Jahr 2005 etwa 72 Millionen Kinder im Grundschulalter keine Schule; 57 Prozent davon Mädchen. Diese Zahl allein scheint schon hoch, doch zeigen Erhebungen, dass sie die tatsächliche Zahl der Kinder unterschätzt, die zwar in einer Schule eingeschrieben sind, sie jedoch nicht besuchen. Darüber hinaus erfassen weder die Einschreibungs- noch die Schulbesuchszahlen diejenigen Kinder, die die Schule nur unregelmäßig besuchen. Dazu kommt noch, dass aus Konflikt- oder Postkonfliktländern gewöhnlich keine Daten vorliegen. Würden diese Daten in den globalen Schätzungen berücksichtigt, so ergäbe sich ein noch weniger optimistisches Bild.

Für Kinder aus ärmeren Haushalten oder aus ländlichen Gebieten ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie die Schule abbrechen oder gar nicht zur Schule gehen, am höchsten. So besucht beispielsweise beinahe ein Drittel der Kinder im Grundschulalter in den ländlichen Regionen der Entwicklungsländer keine Schule, verglichen mit 18 Prozent der in Städten lebenden Kinder der gleichen Altersgruppe. Mädchen sind noch immer häufiger als Jungen von der Bildung ausgeschlossen, eine Tendenz, die in West- und Südasien besonders augenfällig ist.

Ein Fünftel der Kinder, die dem Alter nach die Sekundarschulstufe besuchen könnten, sind nach wie vor in der Grundschulstufe eingeschrieben

Netto-Schulbesuchsquote in der Grundschulstufe für Kinder im Grundschulalter und Kinder im Sekundarschulalter in allen Entwicklungsregionen – 2005 (in Prozent)



Liegt das Alter einer großen Zahl von Schulanfängern unter bzw. über dem offiziellen Eintrittsalter, so vermittelt die Netto-Schulbesuchsquote für die Grundschulen kein zutreffendes Bild der Lage. Erhebungen legen nahe, dass sehr oft noch Kinder, die das entsprechende Alter bereits überschritten haben, die Grundschule besuchen, insbesondere in bestimmten Regionen. So besuchen beispielsweise in Afrika südlich der Sahara mehr Kinder im Sekundarschulalter die Grundschulstufe als die Sekundarschulstufe. Zwar ist ein später Schuleintritt besser als gar keiner, doch entstehen dadurch Herausforderungen für das Bildungssystem, und die Schwierigkeiten, die Familien haben, ihre Kinder zur Schule zu schicken, werden deutlich. Durch ein höheres Eintrittsalter entstehen den Kindern auch insofern Nachteile, als Lernprobleme auftreten können und die Chancen geringer werden, ein höheres Bildungsniveau zu erreichen. Soweit Daten vorhanden sind, geht daraus hervor, dass Kinder, deren Schuleintrittsalter mindestens zwei Jahre über dem offiziellen Alter liegt, eher aus ärmeren Haushalten kommen und ihre Mütter über keine Schulbildung verfügen.

Ziel 3 Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen

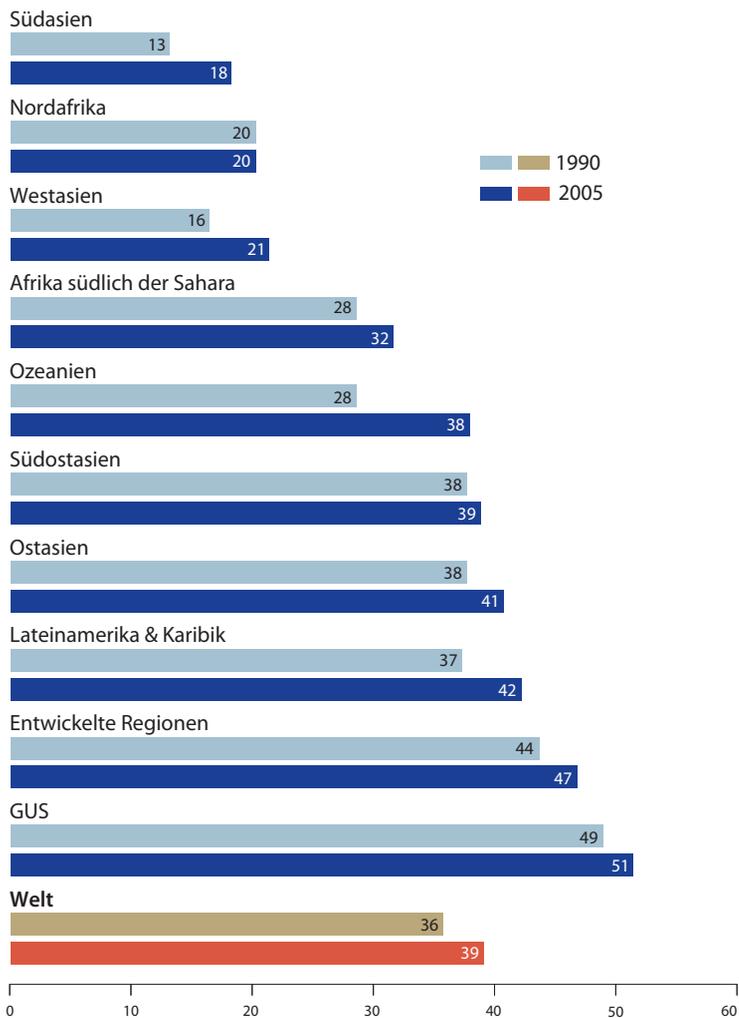


ZIELVORGABE

Das Geschlechtergefälle in der Grund- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015

Das Tor zum Arbeitsmarkt öffnet sich für Frauen langsam

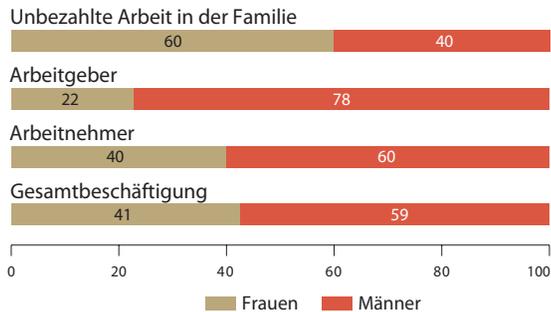
Anteil der Frauen an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor – 1990 und 2005 (in Prozent)



Der Frauenanteil an den unselbständig Erwerbstätigen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor stieg weiter langsam an. Der größte Zuwachs war in einigen Regionen zu verzeichnen, in denen Frauen am wenigsten am Arbeitsmarkt teilnehmen – in Südasiens, Westasien und Ozeanien. In Nordafrika, wo die Arbeitsmarktpräsenz der Frauen ebenfalls niedrig ist, waren die Fortschritte unbedeutend. Lediglich ein Fünftel der Lohn- und Gehaltsempfänger in dieser Region sind Frauen, eine Situation, die seit 15 Jahren unverändert ist. In anderen Regionen entspricht der Zugang der Frauen zu bezahlter Beschäftigung allmählich dem der Männer oder übersteigt ihn sogar, wie im Falle der GUS.

Frauen leisten im Vergleich zu Männern häufiger unbezahlte Arbeit

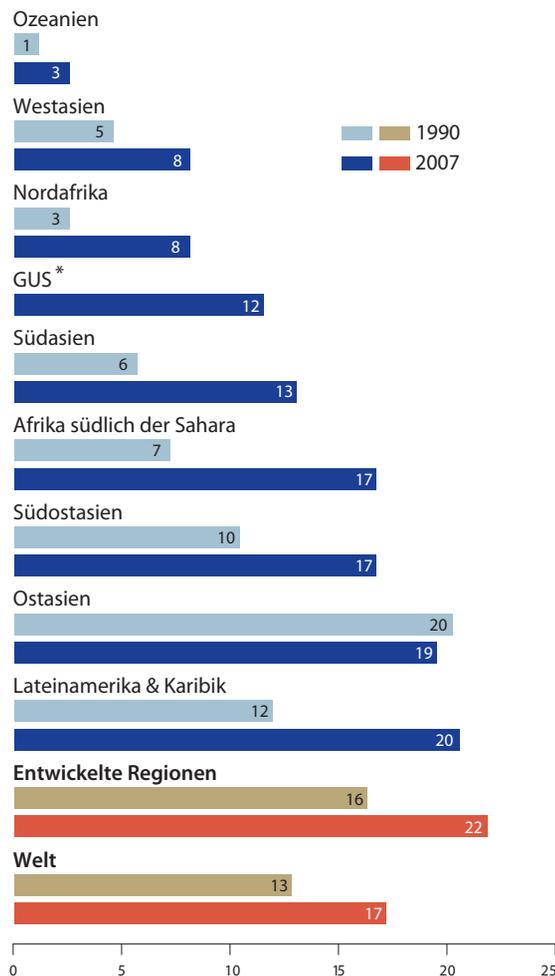
Frauenanteil an der Gesamtbeschäftigung, aufgeschlüsselt nach Arbeitsplatzkategorie – 1990-2005 (in Prozent)



Entgeltliche Arbeit konzentriert sich in den meisten Ländern Afrikas sowie in weiten Teilen Asiens und Lateinamerikas auf städtische Gebiete. Außerhalb der Städte sind die Menschen hauptsächlich im Agrarbereich beschäftigt und betreiben zumeist Subsistenzlandwirtschaft. Frauen in den Entwicklungsregionen verrichten im Vergleich zu Männern häufiger landwirtschaftliche Arbeiten und unbezahlte Arbeit in den Familien. Weltweit sind mehr als 60 Prozent derjenigen, die unbezahlte Arbeit in der Familie leisten, Frauen – es mangelt Frauen also nach wie vor an Arbeitsplatzsicherheit und sozialem Schutz.

Frauen gewinnen in der Politik an Boden, doch Männer sind nach wie vor am Ruder

Anteil der Frauen in Einkammerparlamenten oder Unterhäusern – 1990 und 2007 (in Prozent)



*Für 1990 liegen für die GUS keine Daten vor.

Der Frauenanteil in der Politik steigt an, wenn auch langsam. Im Januar 2007 hatten Frauen weltweit 17 Prozent der Sitze in Einkammerparlamenten oder Unterhäusern inne, gegenüber 13 Prozent im Jahr 1990. Allerdings hatten in nur 19 Ländern Frauen mindestens 30 Prozent der Sitze inne. Ruanda liegt mit 49 Prozent der Parlamentssitze in Frauenhand weiter an der Spitze und hat die Geschlechterparität beinahe erreicht, gefolgt von Schweden und Costa Rica mit 47 bzw. 39 Prozent. Am anderen Ende des Spektrums liegen die Länder, in denen überhaupt keine Frauen in den Parlamenten vertreten sind. Bei den Wahlen 2006 wurden weder auf den Salomonen noch in Tuvalu Frauen in die Unterhäuser gewählt.

Dafür kommen positive Signale aus den arabischen Staaten: In Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten stellten sich 2006 erstmals Frauen und Männer zur Wahl, und in Kuwait erhielten Frauen 2 Sitze, wohingegen sie in den Vereinigten Arabischen Emiraten 23 Prozent der Parlamentssitze für sich einnehmen konnten. In Bahrain wurde erstmals in der Geschichte des Landes eine Frau ins Unterhaus des Parlaments gewählt.

Auch die Anzahl der Frauen, die politische Führungspositionen antreten, nimmt weltweit zu. Im März 2007 waren 35 Frauen – mehr als je zuvor – Parlamentspräsidentinnen ihres Landes, darunter erstmals in Gambia, Israel, Swasiland, Turkmenistan und den Vereinigten Staaten. Im Gegensatz dazu ist kein klarer Aufwärtstrend bei der Zahl der Frauen zu beobachten, die höchste Staats- oder Regierungschefs, verglichen mit 9 im Jahr 2000 und 12 im Jahr 1995. Allerdings trat 2006 eine Rekordzahl von Frauen – nämlich insgesamt sechs – diese Spitzenämter an, und zwar in Chile, Jamaika, Liberia, der Republik Korea und der Schweiz sowie als amtierende Präsidentin in Israel.

Eine Reihe von Faktoren bestimmen die politische Repräsentation der Frauen, darunter der politische Wille, die Stärke der nationalen Frauenbewegungen und das anhaltende Gewicht, das die internationale Gemeinschaft auf die Geschlechtergleichstellung und die Ermächtigung der Frauen legt. Der entscheidendste Faktor sind jedoch weiterhin geschlechtsbezogene Quotenregelungen. Im Jahr 2006 wurden in Ländern mit Quotenregelungen fast doppelt so viele Frauen gewählt wie in Ländern ohne solche Regelungen. In anderen Ländern wiederum wurden Frauen, die sich für ein Wahlamt bewarben, durch entsprechende Schulung und Finanzierung unterstützt.

Ziel 4 Senkung der Kinder- sterblichkeit



ZIELVORGABE

Zwischen 1990 und 2015 die Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel senken

Die Überlebensraten von Kindern steigen langsam; Kinder in Afrika südlich der Sahara haben die schlechtesten Überlebenschancen

Sterblichkeitsziffer von Kindern unter fünf Jahren je 1.000 Lebendgeburten – 1990 und 2005

Afrika südlich der Sahara



Südasien



GUS (Asien)



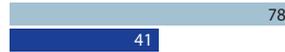
Ozeanien



Westasien



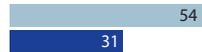
Südostasien



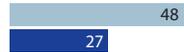
Nordafrika



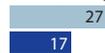
Lateinamerika & Karibik



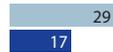
Ostasien



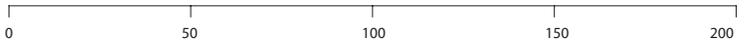
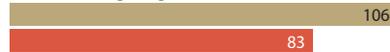
GUS (Europa)



Südosteuropäische Transformationsländer



Entwicklungsregionen



1990
2005

Schätzungen zufolge starben 2005 10,1 Millionen Kinder vor Erreichen des fünften Lebensjahrs infolge zumeist vermeidbarer Ursachen. Die Säuglings- und Kindersterblichkeitsrate ist weltweit gesunken, jedoch haben nicht alle Regionen und Länder in gleichem Maß Fortschritte erzielt. Schnellere Verbesserungen sind vor allem in Afrika südlich der Sahara, in Südasiens, in den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in Asien und

in Ozeanien dringend erforderlich. In ausbleibenden Fortschritten bei den Überlebenschancen von Kindern spiegelt sich, wie nicht anders zu erwarten, die Vernachlässigung vieler grundlegender Gesundheitsdienste in Teilen der Entwicklungsländer.

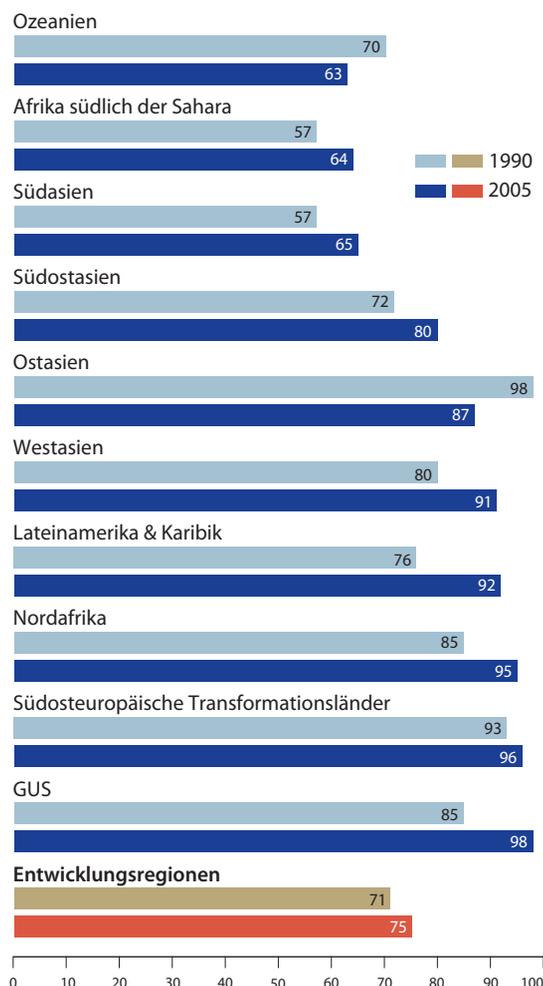
Aus aktuellen Erhebungen geht hervor, dass erhebliche Verbesserungen möglich sind, obschon in den untersuchten Ländern Ungleichgewichte festgestellt wurden. Selbst in Ländern, die mit einem Rückgang der Kindersterblichkeitsrate um mindestens 15 Prozent im Zeitraum von 1998 bis 2004 gute Fortschritte verzeichnen können, sind unterschiedliche Muster zu beobachten. Die Überlebensraten sind auf allen Altersstufen innerhalb der Fünfjahresspanne gestiegen, doch in manchen Ländern waren die Steigerungen in bestimmten Lebensphasen – zum Beispiel im kritischen ersten Lebensmonat – besonders ausgeprägt. Die Ergebnisse der jüngsten Erhebungen werden weiter untersucht, um festzustellen, welche Schlüsselmaßnahmen zur Senkung der Sterblichkeit in den einzelnen frühen Lebensphasen von Kindern erforderlich sind.

Die Veränderungen der Kindersterblichkeitsraten fallen auch abhängig vom sozioökonomischen Status sehr unterschiedlich aus. In den meisten Ländern, die in den letzten Jahren die Kindersterblichkeit deutlich senken konnten, waren die größten Veränderungen bei Kindern in den reichsten 40 Prozent der Haushalte, in städtischen Gebieten oder bei Kindern gebildeter Mütter zu beobachten.

Zu Fortschrittsverzögerungen oder steigender Kindersterblichkeit in einigen Ländern dürfte Aids wesentlich beigetragen haben. Auch an Malaria sterben noch immer sehr viele Kinder. In anderen Ländern waren Kriege und Konflikte in jüngster Zeit die Hauptursachen steigender Kindersterblichkeit.

Impfungen führen zu einem Rückgang der Masernerkrankungen und beschleunigen den Ausbau der Basisgesundheitsdienste

Kinder im Alter von 12 bis 23 Monaten, die mindestens eine Dosis Masernimpfstoff erhalten haben – 1990 und 2005 (in Prozent)



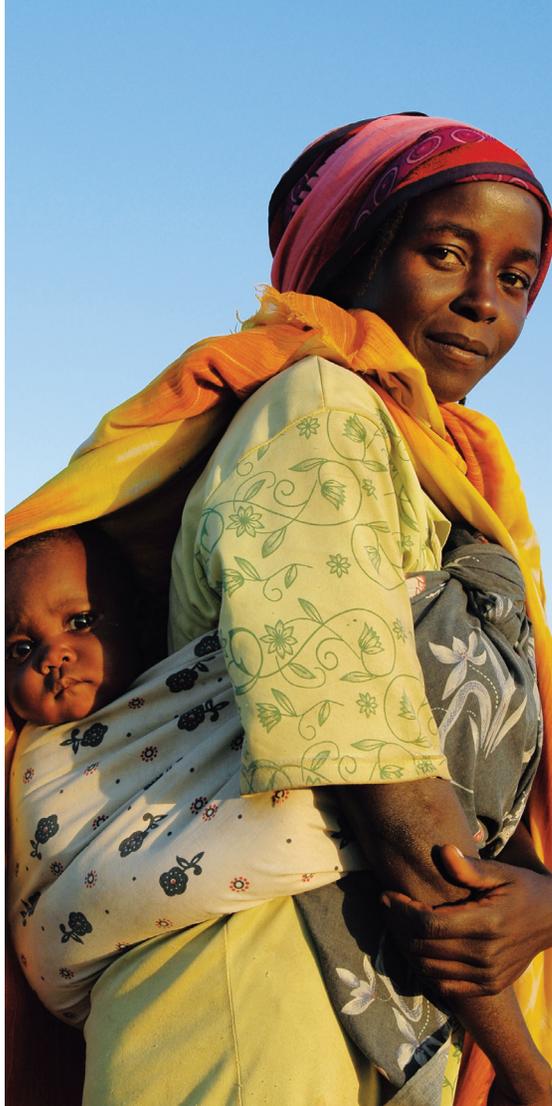
Unter den Krankheiten, gegen die es wirksame Impfstoffe gibt, sind Masern eine der Haupttodesursachen bei Kindern. Weltweit sank die Zahl der durch Masern verursachten Todesfälle zwischen 2000 und 2005 um mehr als 60 Prozent – ein großer Erfolg des Gesundheitswesens. Nach den neuesten verfügbaren Daten ging diese Zahl von 873.000 im Jahr 1999 auf 345.000 im Jahr 2005 zurück. Besonders eindrucksvoll war die Entwicklung in Afrika, wo die Zahl der masernbedingten Sterbefälle in diesem Zeitraum um nahezu 75 Prozent – von schätzungsweise 506.000 auf 126.000 – sank.

Diese Erfolge werden einem verbesserten Impfschutz in den Entwicklungsländern sowie den die Regelleistungen ergänzenden Impfkampagnen zugeschrieben. Während die Impfzraten zwischen 1990 und 1999 stagnierten, stiegen sie seit 2000 rasch an. In Afrika südlich der Sahara fiel die Impfzrate 1999 auf 49 Prozent ab und stieg bis Ende 2005 wieder auf 64 Prozent. Das war im Wesentlichen auf die Kampagnen- und Unterstützungsarbeit der internationalen Maserninitiative, die sich auf 47 Schwerpunktländer konzentrierte, und auf das Engagement der beteiligten afrikanischen Regierungen zurückzuführen.

Regelimpfungen gegen Masern dienen als Ersatzindikator für den Zugang von Kindern unter fünf Jahren zu Basisgesundheitsdiensten. Ein zügiges Vorgehen auf dem Gebiet der Masernbekämpfung trägt zur Entwicklung einer Gesundheitsinfrastruktur bei, die die Durchführung von Regelimpfungen und die Erbringung weiterer Gesundheitsdienste erlaubt. Darüber hinaus haben sich Masern-Impfkampagnen als geeigneter Weg erwiesen, um andere lebensrettende Güter, wie etwa Moskitonetze zum Schutz gegen Malaria, Entwurmungsmittel und Vitamin-A-Präparate, zu den Menschen zu bringen.

Ziel 5

Verbesserung der Gesundheit von Müttern



ZIELVORGABE

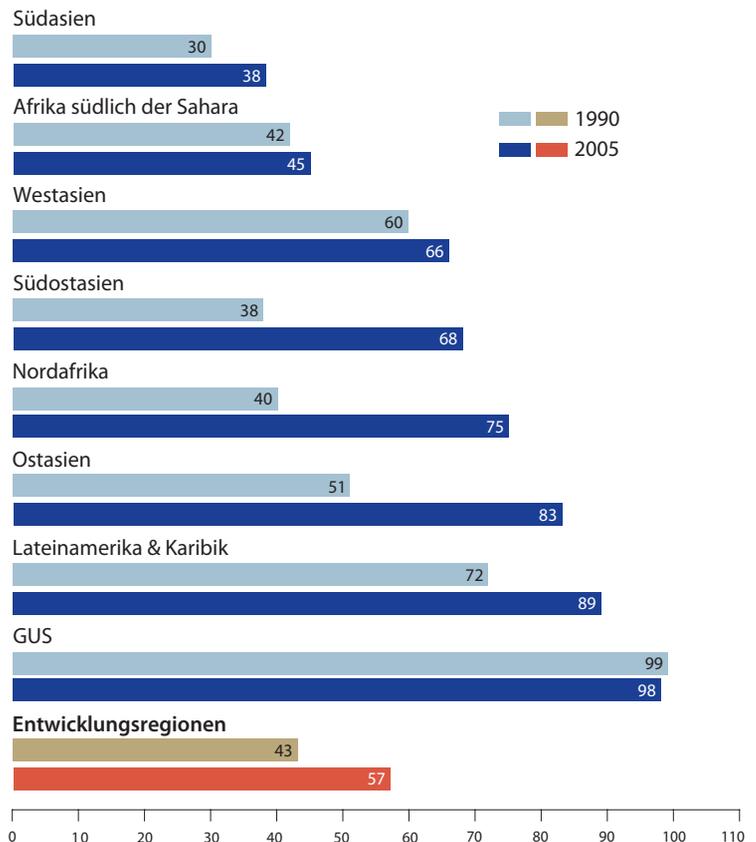
Zwischen 1990 und 2015 die Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel senken

Nach wie vor sterben jährlich eine halbe Million Frauen während der Schwangerschaft oder bei der Geburt, die überwiegende Mehrzahl von ihnen in Afrika südlich der Sahara und in Asien

Eine Reihe von Ländern mit mittlerem Einkommen haben bei der Senkung der Müttersterblichkeit schnelle Fortschritte erzielt. Trotzdem sind die Müttersterblichkeitsraten in den Entwicklungsländern, vor allem in Afrika südlich der Sahara und in Südasien, immer noch unannehmbar hoch. Jahr für Jahr sterben mehr als 500.000 Frauen an behandelbaren oder vermeidbaren Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt. In Afrika südlich der Sahara liegt das Risiko einer Frau, im Lauf ihres Lebens an derartigen Komplikationen zu sterben, bei 1 zu 16, in den entwickelten Ländern dagegen bei 1 zu 3.800.

Maßnahmen der Gesundheitsversorgung können die Müttersterblichkeit senken, müssen aber breiter verfügbar sein

Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Entbindungen – 1990 und 2005 (in Prozent)



Die überwiegende Mehrheit der Sterbefälle und Behinderungen im Zusammenhang mit der Mutterschaft könnte durch eine angemessene Versorgung im Bereich der reproduktiven Gesundheit vor, während und nach der Schwangerschaft sowie durch lebensrettende Maßnahmen im Fall von Komplikationen vermieden werden. Eine wesentliche Rolle kommt hier der Betreuung von Entbindungen durch medizinisches Fachpersonal (Ärzte, Krankenpfleger, Hebammen) zu, das dafür ausgebildet ist, Probleme frühzeitig zu erkennen, und bei Bedarf eine geburtshilfliche Notfallversorgung effektiv leisten oder Frauen an geeignete Einrichtungen überweisen kann. Südasien und Afrika südlich der Sahara sind die Regionen, in denen der Anteil der durch medizinisches Fachpersonal betreuten Geburten am niedrigsten und die Müttersterblichkeitsziffer am höchsten ist.

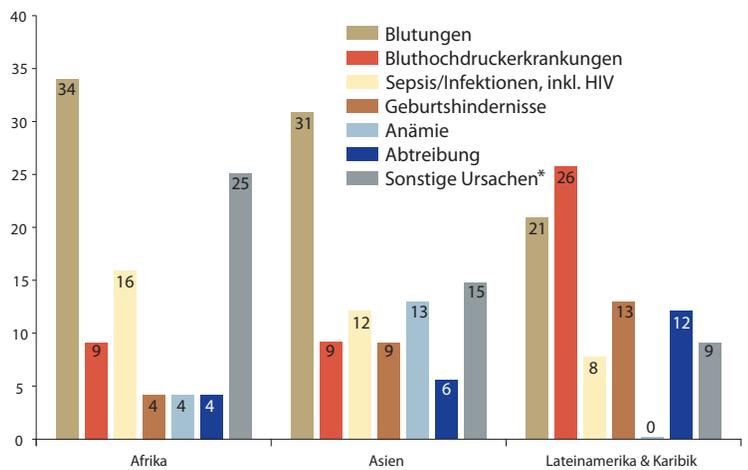
Im Unterstützungsangebot für Frauen während der Schwangerschaft und bei der Geburt treten deutliche Unterschiede zwischen den Ländern und auch innerhalb der Länder zutage. Aus Erhebungen, die im Zeitraum von 1996 bis 2005 in 57 Entwicklungsländern durchgeführt wurden, geht hervor, dass in den Städten 81 Prozent der Frauen bei der Entbindung von medizinischem Fachpersonal betreut werden, auf dem Land dagegen nur 49 Prozent. Der Anteil der Frauen mit einem Sekundar- oder Hochschulabschluss, die bei der Entbindung von medizinischem Fachpersonal betreut werden, liegt bei 84 Prozent und damit mehr als doppelt so hoch wie bei den Müttern ohne Schulbildung.

Schwangerenvorsorge ist seit langem als Kernstück der Gesundheitsversorgung von Müttern anerkannt. Sie kann Frauen helfen, potenzielle Risiken zu erkennen und eine sichere Entbindung zu planen. Sie kann auch als Einstieg in das umfassendere Gesundheitssystem dienen. Seit 1990 ist der Anteil der Frauen, die mindestens einmal in ihrer Schwangerschaft Leistungen der Schwangerenvorsorge erhalten, in allen Regionen gestiegen. Selbst in Afrika südlich der Sahara, wo die geringsten Fortschritte zu verzeichnen sind, erhalten über zwei Drittel der Frauen mindestens einmal während der Schwangerschaft entsprechende Leistungen.

Für eine wirksame Schwangerenvorsorge empfehlen internationale Experten während einer Schwangerschaft mindestens vier Besuche bei einer ausgebildeten Gesundheitsfachkraft. In vielen – vor allem afrikanischen – Ländern ist der Unterschied zwischen dem Anteil der Frauen, die mindestens einmal, und dem Anteil der Frauen, die viermal oder öfter Leistungen der Schwangerenvorsorge erhalten, allerdings sehr groß. In Kenia zum Beispiel nahmen 2003 87 Prozent der Frauen mindestens einmal, aber nur 51 Prozent, wie empfohlen, viermal Leistungen der Schwangerenvorsorge wahr. Ähnlich war die Situation in Madagaskar, wo der Anteil der mindestens einmal medizinisch betreuten Schwangeren etwa doppelt so hoch lag wie der Anteil der viermal oder öfter betreuten Schwangeren.

Jede Einzelmaßnahme greift bei den vielfältigen Ursachen der Müttersterblichkeit zu kurz

Ursachen der Müttersterblichkeit – 1997-2002 (in Prozent)



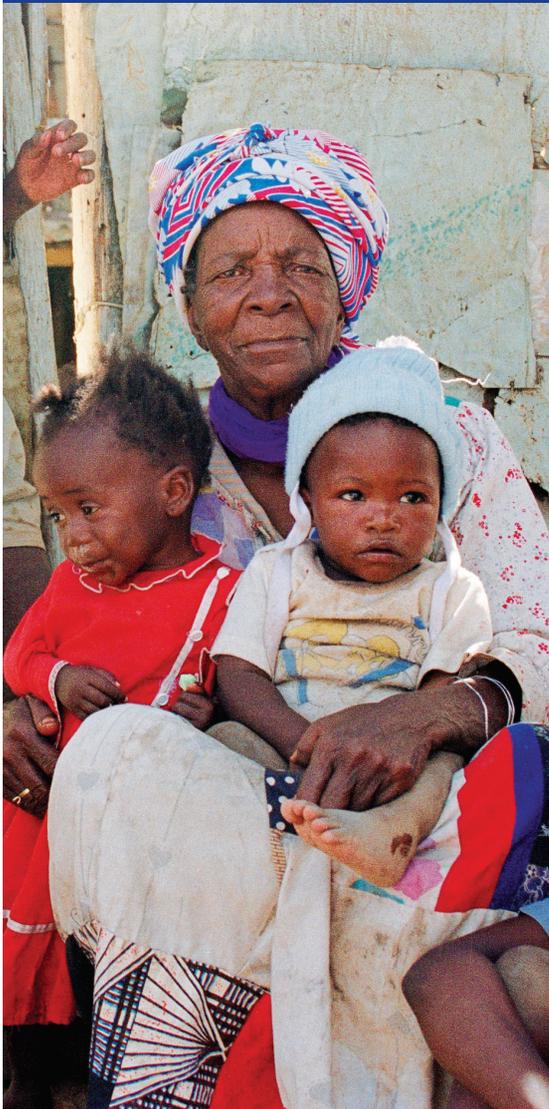
*Zu den sonstigen Ursachen gehören ektopische Schwangerschaft, Embolien und andere unmittelbare, mittelbare oder nicht zugeordnete Ursachen.

Anstrengungen, die Müttersterblichkeit zu senken, müssen auf die lokalen Gegebenheiten zugeschnitten sein, da die Todesursachen in den Entwicklungsregionen und -ländern nicht einheitlich sind. In Afrika und Asien sind Blutungen die Hauptursache der Müttersterblichkeit, während in Lateinamerika und in der Karibik Bluthochdruckerkrankungen während der Schwangerschaft und der Geburt die größte Gefahr darstellen. Auf Geburtshindernisse und Abtreibungen sind in Lateinamerika und in der Karibik 13 beziehungsweise 12 Prozent der Sterbefälle im Zusammenhang mit der Mutterschaft zurückzuführen. In Asien trägt Anämie in hohem Maß zur Müttersterblichkeit bei, in Afrika ist sie dagegen eine seltenere Todesursache und in Lateinamerika eine vernachlässigbare Größe. In Afrika, vor allem in Teilen des südlichen Afrika, stehen Sterbefälle während der Schwangerschaft und Geburt häufig mit HIV und Aids in Verbindung.

Alein durch die Verhütung ungeplanter Schwangerschaften ließe sich etwa ein Viertel der Sterbefälle im Zusammenhang mit der Mutterschaft, unter anderem auch infolge von Schwangerschaftsabbrüchen unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen, vermeiden. Doch nach wie vor wird der Bedarf an Familienplanungsleistungen von schätzungsweise 137 Millionen Frauen nicht gedeckt. Weitere 64 Millionen Frauen wenden traditionelle Verhütungsmethoden mit hohen Ausfallraten an. Die Verwendungsrate von Verhütungsmitteln stieg langsam von 55 Prozent im Jahr 1990 auf 64 Prozent im Jahr 2005, ist aber in Afrika südlich der Sahara mit 21 Prozent weiterhin sehr niedrig.

Außerdem besteht in Regionen, in denen die Geburtenrate bei Jugendlichen nach wie vor hoch ist, ein erhöhtes Todes- und Invaliditätsrisiko für viele junge Frauen, insbesondere sehr junge Frauen, und ihre Kinder. In Afrika südlich der Sahara, in Südasien sowie in Lateinamerika und der Karibik sind die hohen Geburtenraten bei Jugendlichen seit 1990 trotz kontinuierlicher Rückgänge der Gesamtfruchtbarkeitsrate in diesen Regionen nicht wesentlich gesunken.

Ziel 6 Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten

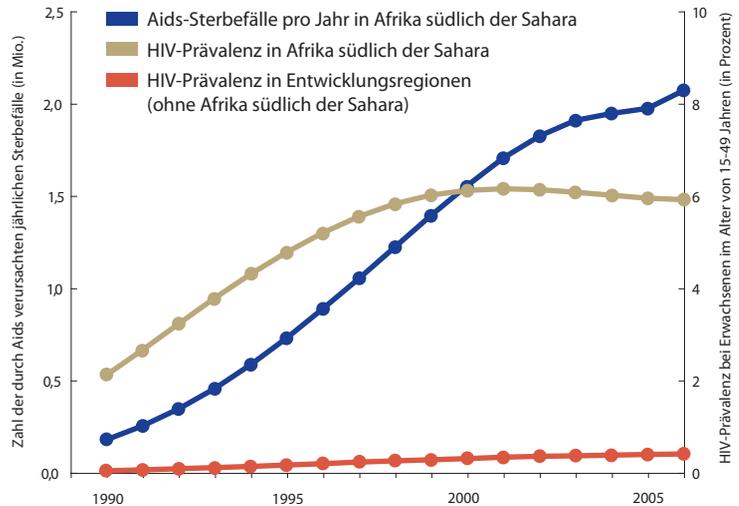


ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von HIV/Aids zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Die HIV-Prävalenz hat sich in den Entwicklungsländern auf etwa gleich bleibendem Niveau eingependelt, aber die Zahl der durch Aids verursachten Sterbefälle steigt in Afrika südlich der Sahara weiter an

HIV-Prävalenz bei Erwachsenen im Alter von 15-49 Jahren in Afrika südlich der Sahara und in allen Entwicklungsregionen (in Prozent) und Zahl der durch Aids verursachten Sterbefälle in Afrika südlich der Sahara (in Millionen) – 1990-2006

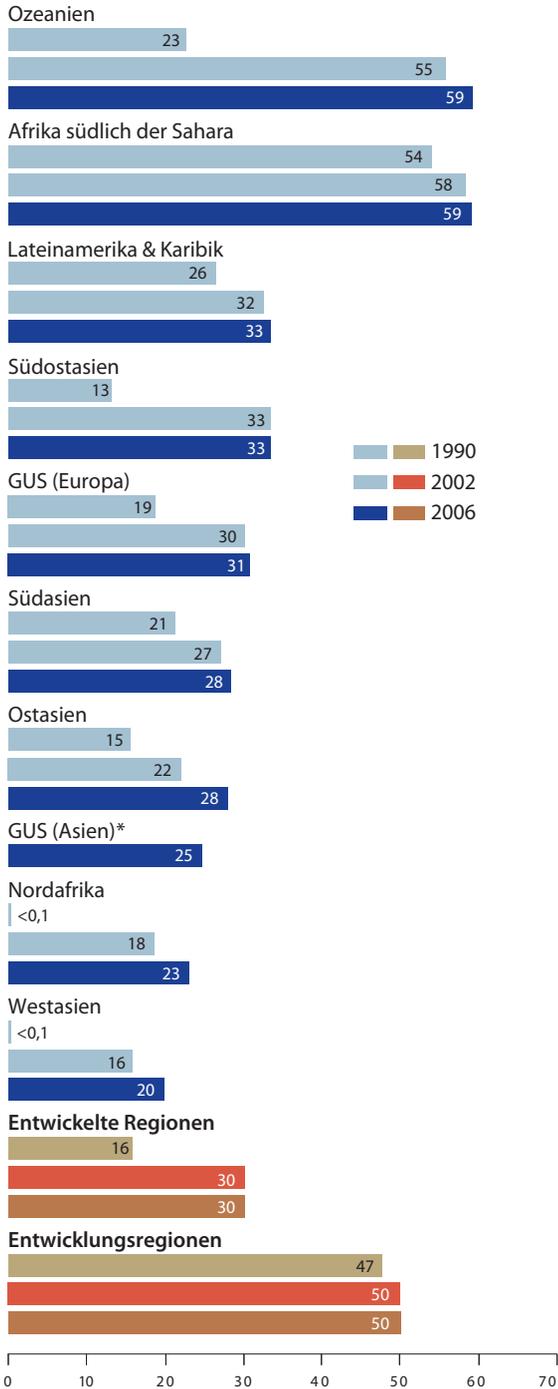


Ende 2006 lebten weltweit schätzungsweise 39,5 Millionen Menschen mit dem HIV (2001: 32,9 Millionen), die Mehrzahl von ihnen in Afrika südlich der Sahara. Weltweit infizierten sich 2006 4,3 Millionen Menschen neu mit dem Virus. Die höchsten Infektionsraten verzeichneten Ostasien und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Die Zahl der Menschen, die an Aids starben, stieg ebenfalls – von 2,2 Millionen im Jahr 2001 auf 2,9 Millionen im Jahr 2006.

Der Hauptübertragungsweg für das HIV in den GUS-Ländern ist nach wie vor die Verwendung von nicht sterilem Spritzbesteck. Eine eher neue Erscheinung ist der intravenöse Drogenkonsum als Risikofaktor für HIV-Infektionen in Afrika südlich der Sahara, vor allem in Mauritius, aber auch in Kenia, Nigeria, Südafrika und in der Vereinigten Republik Tansania. In Süd- und Südostasien infizieren sich Menschen am häufigsten durch ungeschützten Geschlechtsverkehr mit Prostituierten. Auch unter Männern, die Geschlechtsverkehr mit Männern haben, hat sich das HIV in Asien – in China, Indien, Kambodscha, Nepal, Pakistan, Thailand und Vietnam – in den letzten zwei Jahren ausgebreitet.

In den am stärksten betroffenen Gebieten sind mehr als die Hälfte der HIV-Infizierten Frauen

Anteil der Frauen an den HIV-Infizierten ab 15 Jahren – 1990, 2002 und 2006 (in Prozent)



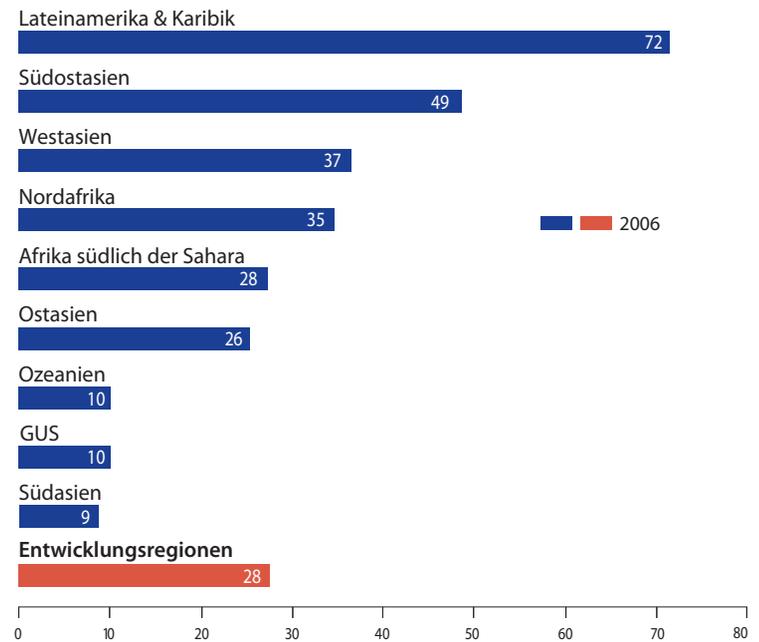
*Für 1990 und 2002 sind keine Daten verfügbar, da die Epidemie in dieser Region erst später aufgetreten ist.

Machtungleichgewichte zwischen Männern und Frauen treiben die „Feminisierung“ der HIV-Epidemie weiter voran, doch die Dynamik verändert sich. Neben Mädchen und jungen Frauen infizieren sich zunehmend auch verheiratete Frauen. 2006 waren 48 Prozent der HIV-Infizierten der Welt Frauen.

Jugend ist ebenfalls ein Risikofaktor für beide Geschlechter. 2006 gehörten 40 Prozent der Neuinfizierten über 15 der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen an.

Obwohl das Aids-Behandlungsangebot ausgebaut wurde, steigt der Bedarf weiter

Behandlungsbedürftige Menschen mit HIV, die eine antiretrovirale Therapie erhalten – 2006 (in Prozent)



Die Anstrengungen, Menschen mit HIV und Aids Behandlungsmöglichkeiten anzubieten, werden weiter verstärkt. Im Dezember 2006 erhielten schätzungsweise 2 Millionen Menschen in den Entwicklungsregionen eine antiretrovirale Therapie. Das sind 28 Prozent der rund 7,1 Millionen behandlungsbedürftigen Menschen. In Afrika südlich der Sahara, wo die überwiegende Mehrheit (63 Prozent) aller HIV-Infizierten lebt, wird nur etwa ein Viertel der schätzungsweise 4,8 Millionen Menschen, denen eine antiretrovirale Therapie helfen könnte, entsprechend behandelt.

Das Problem nimmt immer größere Ausmaße an: 2006 wurden zwar 700.000 Menschen erstmals behandelt, doch im gleichen Jahr infizierten sich 4,3 Millionen Menschen neu. Verstärkte Präventionsanstrengungen sind demnach dringend erforderlich. Wenn die aktuellen Trends anhalten, dann wird die Zahl der therapiebedürftigen Menschen mit fortgeschrittener HIV-Infektion schneller steigen, als das Behandlungsangebot ausgebaut werden kann.

Präventionsmaßnahmen halten mit der HIV-Ausbreitung nicht Schritt

Geringfügige Rückgänge der HIV-Prävalenz bei jungen Menschen seit 2000/2001 wurden in acht der 11 afrikanischen Länder verzeichnet, in denen ausreichende Informationen für eine Trendbewertung vorlagen. Die deutlichsten Verbesserungen zeigten sich in Kenia, in städtischen Gebieten von Côte d'Ivoire, Malawi und Simbabwe und in ländlichen Gegenden Botsuanas. Generell halten die Präventionsmaßnahmen jedoch nicht mit der Ausbreitung der Epidemie Schritt. In Afrika südlich der Sahara konnten weniger als ein Drittel der jungen Männer und nur etwas mehr als ein Fünftel der jungen Frauen umfassendes und richtiges Wissen über das HIV vorweisen. In den meisten Ländern schrecken viele Menschen außerdem auf Grund der Stigmatisierung und Diskriminierung von HIV-Infizierten davor zurück, einen HIV-Test zu machen und mit ihren Sexualpartnern offen über ihren Gesundheitszustand zu sprechen. Nach aktuellen Erhebungen in einem Dutzend der am schwersten betroffenen Länder Afrikas haben im Mittel lediglich 12 Prozent der Männer und 10 Prozent der Frauen einen Test vornehmen lassen und die Ergebnisse erhalten.

2005 erhielten nur 11 Prozent der HIV-positiven Schwangeren in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen geeignete Hilfsangebote, um die Übertragung des Virus auf ihre neugeborenen Kinder zu verhindern.

Die Betreuung der Waisen ist ein großes soziales Problem, das sich noch verschlimmern wird, wenn mehr Eltern an Aids sterben

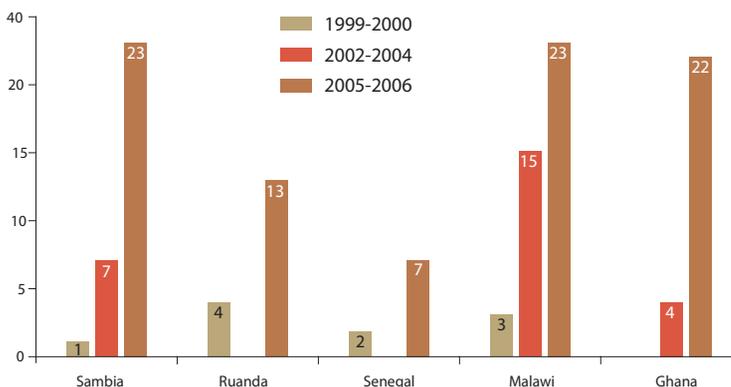
2005 hatten schätzungsweise 15,2 Millionen Kinder Mutter, Vater oder beide Eltern an Aids verloren, 80 Prozent von ihnen in Afrika südlich der Sahara. Bis 2010 wird diese Zahl voraussichtlich auf über 20 Millionen steigen. Einige Länder arbeiten mit Erfolg an der Bereitstellung eines Mindestpakets von Versorgungsleistungen für Waisen und gefährdete Kinder, unter anderem in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Sozialfürsorge und Sozialschutz. Aber sehr viel mehr Arbeit muss geleistet werden, um auf dieses beispiellose soziale Problem eine humane und ganzheitliche Antwort zu finden.

ZIELVORGABE

Bis 2015 die Ausbreitung von Malaria und anderen schweren Krankheiten zum Stillstand bringen und allmählich umkehren

Maßnahmen zur Malariabekämpfung zeigen Erfolge, zusätzliche Anstrengungen sind jedoch erforderlich

Anteil der Kinder, die unter insektizidbehandelten Bettnetzen schlafen, in ausgewählten Ländern – 1999-2006 (in Prozent)



Die Schlüsselmaßnahmen zur Malariabekämpfung konnten in den letzten Jahren dank erhöhter Aufmerksamkeit und Mittelverfügbarkeit ausgeweitet werden. So wurde in einer Reihe afrikanischer Länder der Versorgungsgrad mit insektizidbehandelten Bettnetzen, die zu den wirksamsten Mitteln gegen Malaria verursachende Moskitostiche zählen, erhöht. Vorläufige Ergebnisse von 2005-2006 durchgeführten Haushaltserhebungen zeigen, dass viele andere Länder bei der Verteilung von Bettnetzen ebenfalls Fortschritte machen. Endgültige Ergebnisse werden allerdings erst im Lauf des Jahres vorliegen. Nur wenige Länder erreichten jedoch das auf dem afrikanischen Gipfel zur Zurückdrängung der Malaria im Jahr 2000 gesteckte Ziel eines Versorgungsgrads von 60 Prozent bis 2005 auch nur annähernd. Verstärktes Engagement aller Beteiligten ist notwendig, wenn die Länder die revidierte Zielvorgabe eines 80-prozentigen Versorgungsgrads mit insektizidbehandelten Netzen bis 2010 erreichen sollen.

Die Länder werden auch für eine gleichmäßigere Verteilung sorgen müssen. In Afrika südlich der Sahara schlafen nur 5 Prozent der Kinder unter fünf Jahren unter insektizidbehandelten Bettnetzen. In den ländlichen Gebieten der Länder, in denen die Malaria endemisch ist, ist die Malarialast oft am höchsten und der Versorgungsgrad mit insektizidbehandelten Netzen am niedrigsten. Laut den jüngsten Erhebungen in 30 afrikanischen Ländern, die von 2000 bis 2006 durchgeführt wurden, lag der Anteil der Kinder unter fünf Jahren, die unter insektizidbehandelten Netzen schliefen, in städtischen Gebieten fast 2,5-mal so hoch wie auf dem Land.

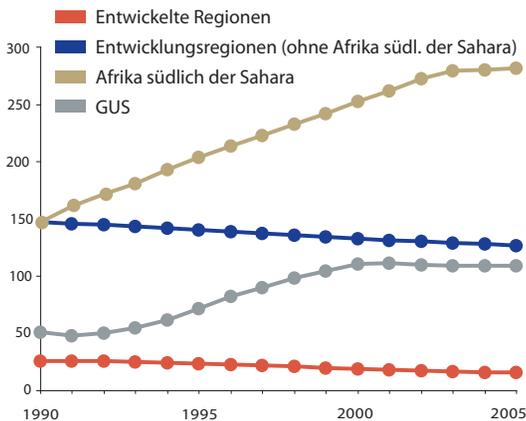
Um die Zielvorgabe des Millenniums-Entwicklungsziels zu erreichen, muss die wirksamste Malariabehandlung denen, die sie brauchen, auch tatsächlich zur Verfügung stehen. In Afrika südlich der Sahara wurde ein erheblicher Anteil der nahezu 40 Prozent der Kinder mit Fieber, die Medikamente gegen Ma-

laria erhielten, mit Chloroquin behandelt, das auf Grund weit verbreiteter Resistenz an Wirksamkeit verloren hat. Zahlreiche afrikanische Länder haben ihre nationale Arzneimittelpolitik entsprechend geändert und fördern heute eine Kombinationstherapie auf Artemisininbasis. Aber um diese Medikamente zu den Menschen zu bringen, denen sie helfen könnten, bedarf es einer besseren Bedarfsprognose und einer optimierten Steuerung des Beschaffungswesens und der Lieferkette.

Für die Malariabekämpfung in den von der Krankheit am stärksten betroffenen Ländern werden weltweit rund 3 Milliarden Dollar – 2 Milliarden Dollar allein für Afrika – benötigt. Die internationalen Finanzierungsbeiträge für die Malariabekämpfung sind in den letzten zehn Jahren um mehr als das Zehnfache gestiegen, trotzdem standen 2004 nicht mehr als rund 600 Millionen Dollar zur Verfügung.

Die Tuberkuloseinzidenz stabilisiert sich weltweit, aber die Zahl der neuen Fälle steigt weiter an

Zahl der neuen Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner (ohne HIV-positive Menschen) – 1990-2005

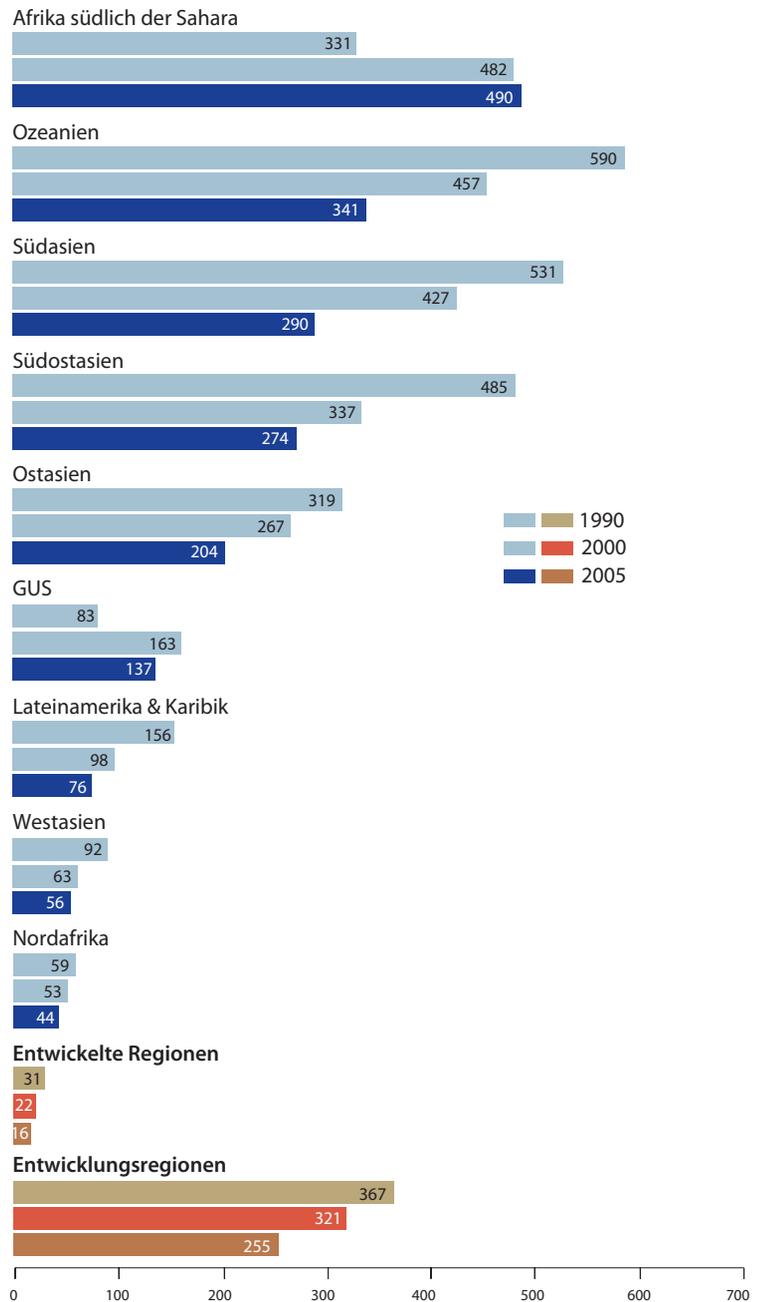


Die Tuberkuloseinzidenz, die sich nach der Zahl der neuen Fälle je 100.000 Menschen bemisst, hat sich nach vorherigen Rückgängen von Prävalenz und Sterblichkeit in den meisten Regionen stabilisiert oder hat zu sinken begonnen. Die Gesamtzahl der neuen Fälle stieg jedoch 2005 auf Grund des Bevölkerungswachstums weiter langsam an. Schätzungsweise 8,8 Millionen neue Tuberkulosefälle wurden 2005 gemeldet, davon 7,3 Millionen in Afrika südlich der Sahara und in den vier asiatischen Regionen. Insgesamt starben 2005 1,6 Millionen Menschen an Tuberkulose, unter ihnen 195.000 HIV-infizierte.

Während die Tuberkuloseinzidenz in Afrika südlich der Sahara und in den GUS-Ländern in den 1990er Jahren rapide zunahm, hatte sie sich 2005 in beiden Regionen stabilisiert.

Um auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung die globalen Zielvorgaben zu erreichen, sind vor allem in Afrika südlich der Sahara und in den GUS-Ländern schnellere Fortschritte erforderlich

Zahl der Tuberkulosefälle je 100.000 Einwohner (ohne HIV-positive Menschen) – 1990, 2000 und 2005



Mit der beginnenden Stabilisierung der Tuberkuloseinzidenz scheint die globale Tuberkulose-Epidemie im Abnehmen begriffen. Die Fortschritte sind jedoch zu langsam, um die zusätzlichen Ziele der Partnerschaft „Stopp der Tuberkulose“ – Halbierung der Prävalenz und Sterblichkeit bis 2015 (gegenüber 1990) – zu erreichen. Nach den jüngsten Fortschritten zu urteilen, haben Afrika südlich der Sahara und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten die schlechtesten Chancen, diese neuen Ziele zu erreichen.

Ziel 7

Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit

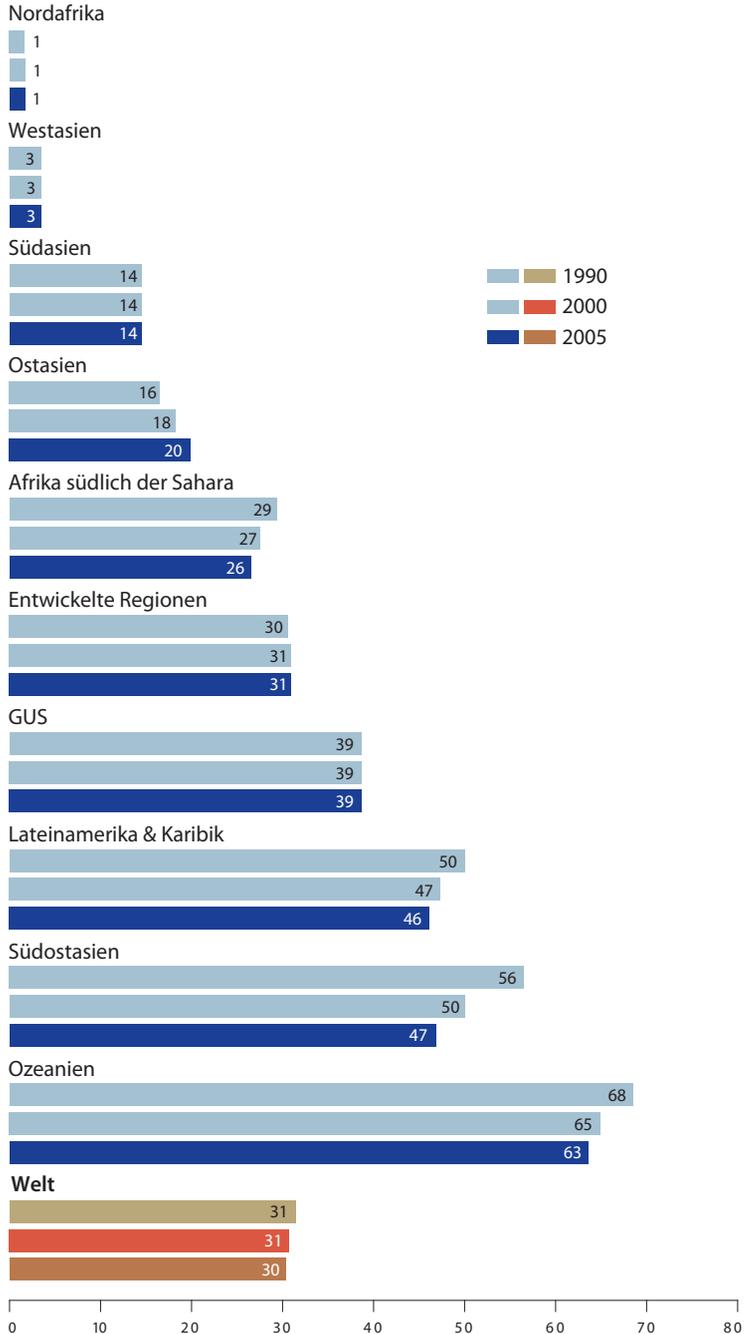


ZIELVORGABE

Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in einzelstaatliche Politiken und Programme einbauen und den Verlust von Umweltressourcen umkehren

Die Entwaldung schreitet weiter voran, insbesondere in artenreichen Regionen

Anteil der Waldflächen – 1990, 2000 und 2005 (in Prozent)



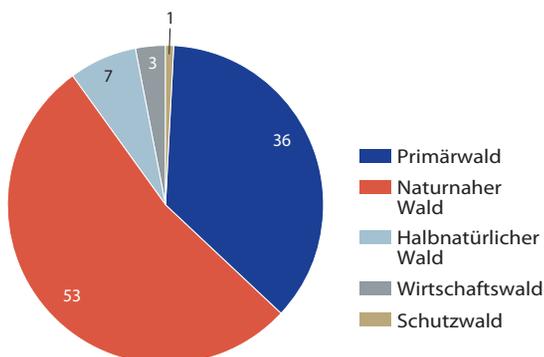
Zwischen 1990 und 2005 verlor die Welt 3 Prozent ihrer Wälder, was einem durchschnittlichen Rückgang von 0,2 Prozent pro Jahr entspricht. Die Entwaldung, die in erster Linie darauf zurückzuführen ist, dass in den Entwicklungsländern Wälder in Agrarland umgewandelt werden, setzt sich mit besorgniserregender Geschwindigkeit fort. Ihr fallen jährlich etwa 13 Millionen Hektar Wald zum Opfer. Der höchste Rückgang der biologischen Vielfalt wurde in einigen der artenreichsten Regionen verzeichnet, insbesondere in Südostasien, Ozeanien, Lateinamerika und Afrika südlich der Sahara. Neben dem Verlust der biologischen Vielfalt ist Entwaldung auch für 18 bis 25 Prozent der jährlichen Treibhausgasemissionen verantwortlich und stellt damit eine wichtige Einflussgröße des Klimawandels dar.

Die Pflanzung von Bäumen, die Revitalisierung verödeten Flächen und die natürliche Ausbreitung bewaldeter Flächen – vor allem in Europa, Teilen Nordamerikas und Ostasiens – haben zu einer Zunahme der Waldflächen in diesen Regionen geführt, insbesondere in den letzten Jahren. Infolgedessen betrug der Nettorückgang der Waldbedeckung im Zeitraum 2000–2005 jährlich etwa 7,3 Millionen Hektar und lag damit unter dem zwischen 1990 und 2000 verzeichneten Jahreswert von 8,9 Millionen Hektar. Dennoch schrumpfen die bewaldeten Flächen täglich um insgesamt etwa 200 km², was der doppelten Fläche von Paris entspricht.

Positive Signale gehen von jüngsten Anstrengungen zur Eindämmung der Entwaldung, beispielsweise in Brasilien, aus. In Teilen des afrikanischen Sahel, wo Wüstenbildung zur Armut beiträgt, lässt auch die Dezentralisierung der Rechte zur Bewirtschaftung und Nutzung lokaler Ressourcen hoffen, dass frühere Waldverluste rückgängig gemacht werden können.

Baumpflanzungen nehmen zu, während Primärwald-Ökosysteme weiter schwinden

Waldzustandstypen – 2005 (in Prozent)



Die Aufrechterhaltung der Unversehrtheit der Wälder und anderer Ökosysteme der Welt spielt eine wichtige Rolle bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt. Weltweit ist mehr als ein Drittel (36 Prozent) der Wälder nach wie vor ungestört durch menschliche Tätigkeit. Zwischen 2000 und 2005 schrumpften diese Primärwälder jedoch auf Grund selektiven Holzeinschlags und anderer menschlicher Eingriffe um etwa 6 Millionen Hektar jährlich. Im selben Zeitraum wuchs die Fläche der Waldpflanzungen um etwa 2,8 Millionen Hektar jährlich, hauptsächlich infolge breit angelegter Baumpflanzungsmaßnahmen in China. Waldpflanzungen machen weniger als 5 Prozent der gesamten Waldflächen der Erde aus. Etwas mehr als drei Viertel aller Pflanzungen sind zur Ernte bestimmt, in erster Linie von Nutzholz und Holzfasern; das verbleibende Viertel bilden Schutzpflanzungen, die vor allem zur Boden- und Wassererhaltung angelegt werden.

Trotz verstärkter Anstrengungen zur Boden- und Wassererhaltung hält der Artenschwund an

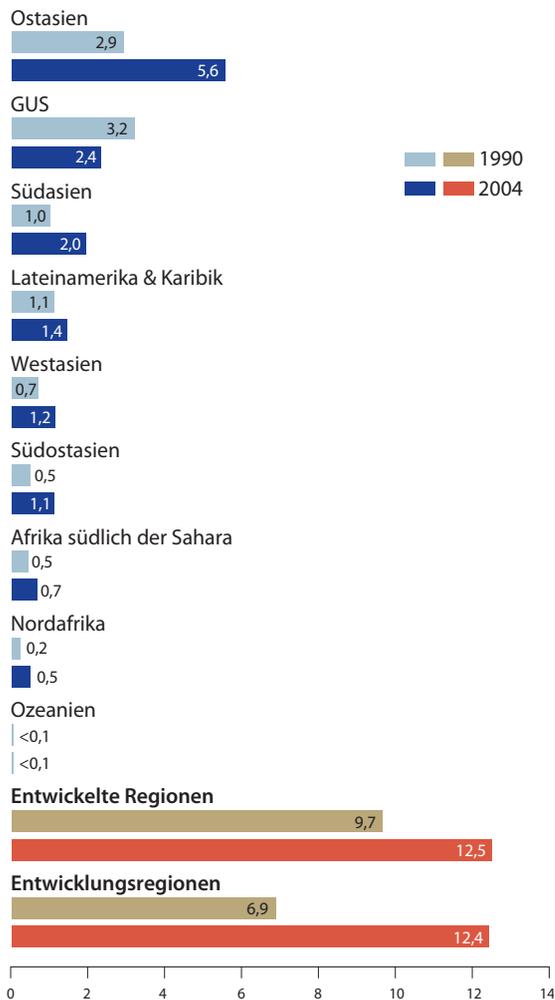
Um dem weltweiten Verlust der biologischen Vielfalt zu begegnen, fördert die internationale Gemeinschaft den Schutz der terrestrischen und der marinen Umwelt. Der Anteil der geschützten Land- und Meeresgebiete hat weltweit stetig zugenommen. Ihre Fläche betrug 2006 insgesamt etwa 20 Millionen km², was der doppelten Größe Chinas entspricht. Allerdings wird nicht in allen geschützten Gebieten eine wirksame Erhaltung betrieben. Getrübt wird das Bild ferner dadurch, dass nur ein Bruchteil dieser Gebiete – etwa 2 Millionen km² – Meeresökosysteme sind, obwohl diese eine wichtige Rolle bei der nachhaltigen Entwicklung der Fischbestände und der Existenzgrundlagen der Küstenbevölkerung spielen.

Trotz der steigenden Zahl der unter Schutz stehenden Gebiete nimmt der Anteil der vom Aussterben bedrohten Arten weiter zu und der Umfang einzelner Populationen weiter ab. Soll die Rate des Artenschwunds bis 2010 erheblich gesenkt werden, müssen viel größere Anstrengungen zur Erhaltung der Lebensräume und zum nachhaltigen Umgang mit Ökosystemen und Arten unternommen werden, als dies bislang der Fall war.

Die Fischerei ist weltweit einem besonderen Risiko ausgesetzt. Um die derzeitigen Bestände zu erhalten und den erschöpften Beständen die Möglichkeit zu geben, sich zu regenerieren, ist daher eine kontinuierliche internationale Zusammenarbeit und Bewirtschaftung erforderlich. Nach jahrzehntelangem Raubbau hat sich der Anteil der überfischten, erschöpften und sich regenerierenden Fischbestände seit den 1990er Jahren bei etwa 25 Prozent stabilisiert. Demgegenüber geht der Anteil der wenig befischten Bestände stetig zurück. Gegenwärtig werden nur 22 Prozent der weltweiten Fischbestände nachhaltig bewirtschaftet, während es 1975 noch 40 Prozent waren.

Verbesserungen bei nachhaltigen Energietechnologien halten mit dem Wachstum der Treibhausgasemissionen weiterhin nicht Schritt

Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) – 1990-2004
(in Milliarden Tonnen)



Nach Auffassung der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaänderungen gibt es aus wissenschaftlicher Sicht nun keinen Zweifel mehr: Durch das menschliche Handeln verändert sich das Klima auf der Erde, unter Gefährdung der Existenzgrundlagen und des Wohls der Menschen. Die mittlere globale Oberflächentemperatur ist seit 1970 um etwa 0,5 Grad Celsius gestiegen, was unter anderem eine Zunahme extremer Wetterereignisse in vielen Teilen der Welt erwarten lässt. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, dass sich der Mangel an Süßwasser – unsere wohl wertvollste, aber geschädigte natürliche Ressource – verschärfen wird. Für Regionen wie Afrika südlich der Sahara prognostizieren

Klimamodelle weniger Regenfälle. Die daraus resultierende Abnahme der Ernteerträge und der starke Rückgang an Nahrungsmitteln, Material zum Bau von Unterkünften und Wasser könnte sich als verheerend erweisen.

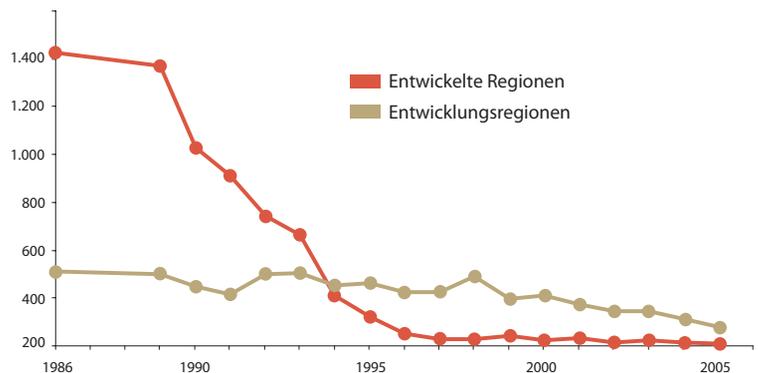
Der Klimawandel wird in erster Linie durch Kohlendioxid (CO₂) verursacht, das bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe freigesetzt wird. Die Kohlendioxidemissionen beliefen sich 2004 auf 29 Milliarden Tonnen und nehmen, wie der Anstieg der CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre belegt, weiter zu. In Südostasien und Nordafrika erhöhten sich die Emissionen zwischen 1990 und 2004 auf mehr als das Doppelte. Dennoch liegt der Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ in den Entwicklungsregionen nach wie vor weit unter dem der entwickelten Regionen, der 2004 im Durchschnitt etwa 12 Tonnen betrug. Westasien, die Entwicklungsregion mit dem höchsten Pro-Kopf-Ausstoß, verzeichnete weniger als die Hälfte dieses Werts. In Afrika südlich der Sahara wird pro Kopf weniger als ein Zehntel der CO₂-Menge ausgestoßen, die im Durchschnitt von einem Bewohner der entwickelten Länder erzeugt wird.

Mit der weiteren Zunahme des globalen Energieverbrauchs, der seit 1990 um 20 Prozent stieg, schreitet auch die Entwicklung und Nutzung saubererer Energietechnologien voran. Aus erneuerbaren Ressourcen wie Wasserkraft und Biobrennstoffen gewonnene Energie macht nun mehr als 12 Prozent des gesamten Energieverbrauchs aus. Der Anteil modernerer erneuerbarer Energiequellen, die keine nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit oder die Umwelt haben, hat sich in den letzten Jahrzehnten verzehnfacht. Doch entfallen auf diese neueren Technologien, die sich unter anderem Wind-, Sonnen-, Wellen- und geothermische Energie zunutze machen, noch immer nur 0,5 Prozent des gesamten Energieverbrauchs.

Fossile Brennstoffe werden wahrscheinlich noch auf geraume Zeit zum Einsatz kommen. Für den schnelleren Übergang zu saubereren und effizienteren Energiequellen sind stärkere internationale Anstrengungen erforderlich.

Trotz des Erfolges weltweiter Bemühungen um die Beseitigung ozonabbauender Stoffe wird das Ozonloch nicht so bald verschwinden

Verbrauch aller ozonabbauenden Stoffe – 1989-2005
(in Tausend Tonnen Ozonabbaupotenzial)



Nachdem erstmals erkannt wurde, dass die schützende Ozonschicht gefährdet ist, wurden die Emissionen ozonabbauender Stoffe drastisch verringert – von nahezu 1,5 Millionen Tonnen im Jahr 1989 auf 89.000 Tonnen im Jahr 2005. Aus den heute, 20 Jahre nach der Unterzeichnung des Montrealer Protokolls, erkennbaren Fortschritten wird deutlich, was ein gemeinsames und konzertiertes Vorgehen der Länder bei der Lösung globaler Umweltprobleme bewirken kann.

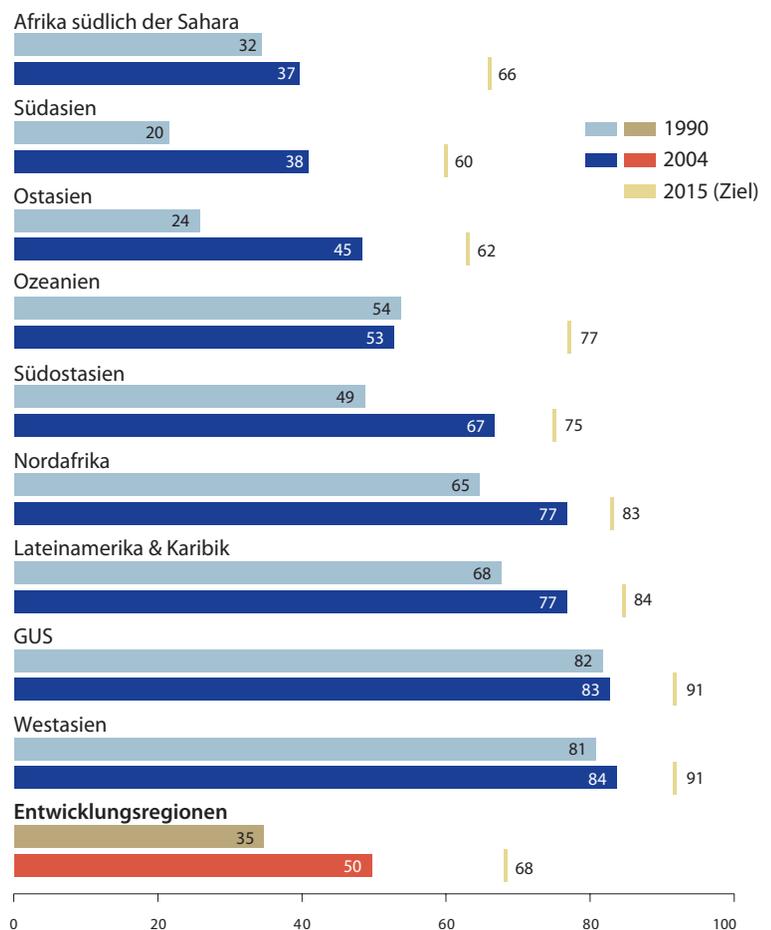
Die Konzentrationen ozonabbauender Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKWs) in der Atmosphäre gehen allmählich zurück. Solange sie jedoch nicht deutlich sinken, kann die Erholung der Ozonschicht nicht einsetzen, und UV-Strahlung wird weiterhin schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die Anbauerträge und die Tier- und Pflanzenwelt haben.

Seit den 1990er Jahren gehen alle Regionen über ihre Verpflichtungen aus dem Montrealer Protokoll hinaus. Die entwickelten Länder haben den FCKW-Ausstieg bereits vollzogen; in den Entwicklungsländern soll dies bis 2010 geschehen. Ebenso haben alle Regionen den Verbrauch anderer ozonabbauender Stoffe gesenkt, jedoch noch nicht vollständig eingestellt, was im Einklang mit den im Protokoll vorgesehenen Fristen geschehen soll. Erschwerend wirkt sich aus, dass FCKWs weiterhin in erheblichem Umfang illegal erzeugt und gehandelt werden. Ein weiteres Problem ist der Umgang mit den Beständen an ozonabbauenden Stoffen, da die Vernichtung dieser Stoffe kostspielig ist und durch umweltschädliche Entsorgungsmethoden verheerende Mengen ozonabbauender Stoffe in die Atmosphäre entlassen werden könnten. Damit diese beispiellose internationale Erfolgsgeschichte wirklich einen glücklichen Abschluss nimmt, ist es unerlässlich, den endgültigen Ausstieg aus der Verwendung ozonabbauender Stoffe und die Überwachung der Ozonschicht mit der bisherigen Dynamik zu betreiben und die entsprechende Finanzierung aufrechtzuerhalten.

ZIELVORGABE
 Bis 2015 den Anteil der Menschen um die Hälfte senken, die keinen nachhaltigen Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen haben

Da die Hälfte der Menschen in den Entwicklungsländern keinen Zugang zu grundlegenden sanitären Einrichtungen hat, wird die Erreichung der Zielvorgabe außerordentliche Anstrengungen erfordern

Anteil der Bevölkerung mit besserer Sanitärversorgung 1990 und 2004 (in Prozent)



Etwa 1,6 Milliarden Menschen werden im Zeitraum 2005-2015 Zugang zu besseren sanitären Einrichtungen benötigen, damit die Zielvorgabe eingehalten werden kann. Sollten sich die seit 1990 beobachteten Tendenzen jedoch fortsetzen, wird die Welt die Zielvorgabe wahrscheinlich um nahezu 600 Millionen Menschen verfehlen.

Nur Ost-, Südost- und Westasien, Nordafrika sowie Lateinamerika und die Karibik liegen bei dem Ziel, bis 2015 den Anteil der Menschen ohne Zugang zu grundlegenden sanitären Einrichtungen zu halbieren, auf Kurs. In allen anderen Entwicklungsregionen reichen die diesbezüglichen Fortschritte nicht aus. In Afrika südlich der Sahara wurde vielmehr ein Anstieg der absoluten Zahl der Menschen ohne Zugang zu sanitären Einrichtungen verzeichnet – von 335 Millionen im Jahr 1990 auf 440 Millionen Menschen bis Ende 2004 –, und dieser Anstieg kann sich bei Ausbleiben einer Trendbesserung sogar fortsetzen.

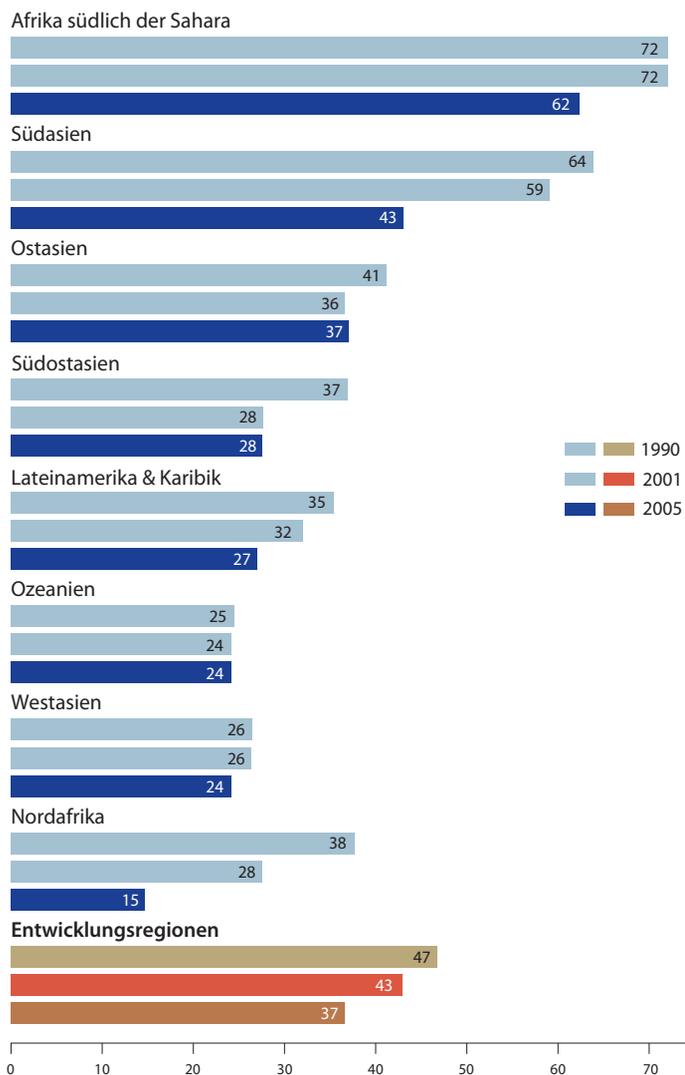
Die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen der offenen Defäkation, schlechter Hygieneverhältnisse und des Mangels an Trinkwasser sind hinreichend dokumentiert. Zusammen tragen sie zu etwa 88 Prozent zu den durch Durchfallerkrankungen bedingten mehr als 1,5 Millionen Sterbefällen bei Kindern unter fünf Jahren bei. Der durch offene Defäkation verursachte Befall mit Darmparasiten betrifft Hunderte Millionen meist im Schulalter befindlicher Kinder und führt zu Wachstumsstörungen, geschwächter körperlicher Verfassung und beeinträchtigten kognitiven Funktionen. Diese Auswirkungen werden durch Mangelernährung verstärkt. Mit zunehmender Schwere der Infektion lassen die schulischen Leistungen erheblich nach, und die Anwesenheit im Unterricht fällt ab. Darmparasiten können auch zu Blutarmut führen, wodurch sich für Mädchen das Risiko späterer Komplikationen bei der Entbindung erhöht.

ZIELVORGABE

Bis 2020 eine erhebliche Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern herbeiführen

Die rasche Ausbreitung der Städte macht die Verbesserung der Lage der Slumbewohner zu einer noch gewaltigeren Aufgabe

In Slums lebende Stadtbewohner – 1990, 2001 und 2005 (in Prozent)



Anmerkung: Der prozentuale Rückgang der in Slums lebenden Menschen ist zum großen Teil auf eine Änderung der Definition einer angemessenen Sanitärversorgung zurückzuführen. Im Jahr 2005 wurde nur ein bestimmter Anteil der Haushalte, die Grubenlatrinen nutzen, als Slumhaushalte angesehen, wohingegen 1990 und 2001 alle derartigen Haushalte zu den Slumhaushalten gezählt wurden. Diese Änderung wirkt sich in erster Linie auf die Schätzungen in denjenigen Ländern aus, in denen die Nutzung von Grubenlatrinen weiter verbreitet ist, wie etwa in Afrika südlich der Sahara.

Mittlerweile lebt fast jeder zweite Mensch in Städten. Infolge der Abwanderung in die Städte und des rapiden Bevölkerungswachstums wird die Zahl der Stadtbewohner weiter steigen, und zwar von derzeit 3,2 Milliarden Menschen auf nahezu 5 Milliarden bis 2030, wobei Afrika und Asien den höchsten Zuwachs aufweisen werden.

2005 lebte jeder dritte Stadtbewohner in Slums – das heißt mindestens eine der Grundvoraussetzungen menschenwürdigen Wohnens war nicht erfüllt: angemessene Sanitärversorgung, bessere Wasserversorgung, aus beständigem Material gebaute Behausung oder angemessener Wohnraum. Selbst wenn die Zahl der Slumbewohner langsamer ansteigen sollte, wird es auf Grund der raschen Ausbreitung der städtischen Gebiete schwierig sein, die Lebensbedingungen so schnell zu verbessern, dass die Zielvorgabe erreicht werden kann.

Afrika südlich der Sahara und Südasien sind nach wie vor die Regionen, in denen der Mangel an angemessenen Unterkünften für die Stadtbevölkerung am akutesten ist. Die regionalen Durchschnittswerte zeigen dabei nicht das volle Bild, denn auf Landesebene ist die Lage noch entmutigender. In Ländern wie Tschad, der Zentralafrikanischen Republik und Äthiopien leben vier von fünf Stadtbewohnern in Slums. In den meisten Teilen Asiens und in Lateinamerika, wo die Mehrheit der Stadtbewohner Zugang zu besserer Wasser- und Sanitärversorgung hat, entstehen Slumbedingungen hauptsächlich durch Überbelegung und Behelfsunterkünfte. Mit dem Problem, in nicht aus beständigem Material gebauten Behausungen zu leben, sind in den Städten der Entwicklungsländer schätzungsweise 117 Millionen Menschen konfrontiert, von denen mehr als die Hälfte in Asien lebt, während ihre Zahl in Nordafrika am geringsten ist. 2005 war etwa ein Fünftel der Stadtbevölkerung der Entwicklungsländer in überbelegten Behausungen (mehr als drei Personen in einem Raum) untergebracht. Zwei Drittel dieser Menschen lebten in Asien, die Hälfte allein in Südasien.



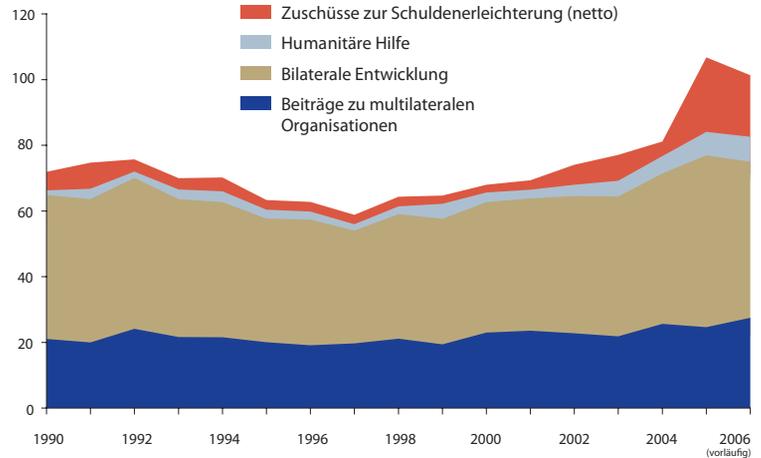
Ziel 8

Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft



Entwicklungshilfe sinkt trotz neuerlicher Zusagen der Geberländer

Öffentliche Entwicklungshilfe der entwickelten Länder – 1990-2006 (in konstanten US-Dollar von 2005)



2005 stieg die öffentliche Entwicklungshilfe infolge umfangreicher Entschuldungsmaßnahmen, vor allem zu Gunsten Iraks und Nigerias, auf einen Rekordwert von 106,8 Milliarden Dollar. 2006 schlug die Entschuldung dieser beiden Länder nicht mehr so deutlich zu Buche. Dadurch sanken die Nettzahlungen auf 103,9 Milliarden Dollar, was 0,3 Prozent des gesamten Nationaleinkommens aller entwickelten Länder entspricht. Real ging die öffentliche Entwicklungshilfe erstmals seit 1997 zurück, und zwar um 5,1 Prozent. Selbst wenn man die Entschuldungsmaßnahmen nicht berücksichtigt, ergibt sich noch immer ein Rückgang um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die einzigen Geber, die die von den Vereinten Nationen vereinbarte Zielvorgabe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe erreichten oder übertrafen, waren Dänemark, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen und Schweden. Sechzehn der 22 Mitgliedstaaten des Ausschusses für Entwicklungshilfe hielten die 2002 auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey festgelegten Zielvorgaben für öffentliche Entwicklungshilfe für 2006 ein.

2007 wird die Entwicklungshilfe auf Grund des sinkenden Entschuldungsanteils voraussichtlich weiterhin geringfügig zurückgehen. Andere Formen der Hilfe werden zunehmen, wenn die Geber ihre in den letzten Jahren abgegebenen Zusagen erfüllen. Wollen sie ihre Versprechen gutmachen, müsste sich das derzeitige Wachstumstempo der wichtigsten Entwicklungsprogramme in den nächsten vier Jahren allerdings verdreifachen.

ZIELVORGABE

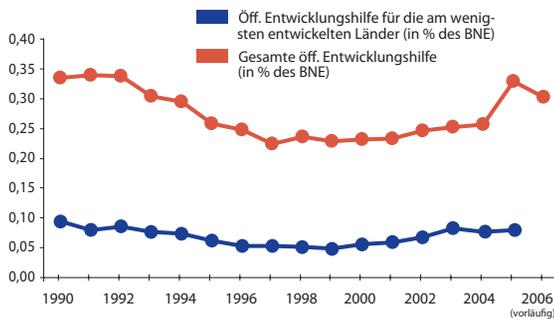
Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselentwicklungsländer Rechnung tragen

ZIELVORGABE

Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln

Geber kündigen Verdopplung ihrer Hilfe für Afrika an, lassen jedoch kaum Taten folgen

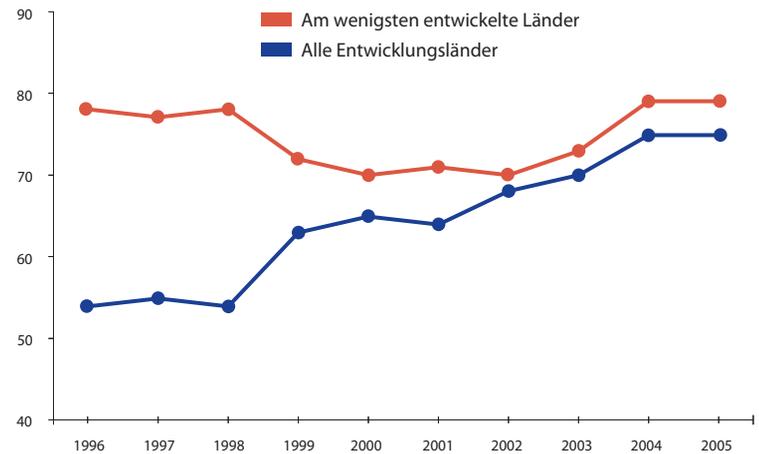
Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen der entwickelten Länder 1990-2006 (in Prozent)



Entwicklungshilfe ist hauptsächlich auf die ärmsten Länder ausgerichtet. Seit 2003 ist die Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder im Wesentlichen jedoch unverändert geblieben. Die Entwicklungshilfe für Afrika südlich der Sahara stieg ohne Berücksichtigung der Entschuldung für Nigeria zwischen 2005 und 2006 lediglich um 2 Prozent. Dies wirft ein schlechtes Licht auf die Geber, die auf dem Gipfeltreffen der G-8-Industrieländer in Gleneagles 2005 eine Verdopplung der Hilfe für Afrika bis 2010 in Aussicht gestellt hatten.

Für die meisten Entwicklungsländer keine weitere Ausweitung des präferenziellen Marktzugangs

Anteil der zollfreien Einfuhren an den Einfuhren der entwickelten Länder aus den Entwicklungsländern (ohne Rüstungsgüter und Erdöl) – 1996-2005 (in Prozent)



In der Millenniums-Erklärung kamen die Regierungen überein, dass die Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen werden soll. Daher beschlossen die Mitglieder der Welthandelsorganisation auf einer 2001 in Doha abgehaltenen Konferenz, bis Ende 2004 eine Handelsrunde abzuschließen, deren Schwerpunkt auf der Verbesserung der Aussichten für die Entwicklungsländer liegen sollte. Bis zum Jahresbeginn 2007 bestand noch immer keine Einigung über das Gesamtprogramm der zu verabschiedenden Maßnahmen, womit eine wichtige Chance ungenutzt blieb.

Im Rahmen dieser umfassenderen Verhandlungen wurde 2005 vereinbart, dass die entwickelten Länder (und die Entwicklungsländer, die dazu in der Lage sind) Zölle und Quoten für die meisten Einfuhren aus den am wenigsten entwickelten Ländern abschaffen. Trotz des daraus resultierenden Abbaus der Handelsschranken für diese Länder bestehen für einige Produkte und manche dieser Länder weiterhin erhebliche Barrieren. Mehr als 40 Entwicklungsländer, darunter China, sind nun ebenfalls bereit, den zollfreien Zugang für die am wenigsten entwickelten Länder im Rahmen des Globalen Systems der Handelspräferenzen auszuweiten.

2005 blieb der Anteil der zollfrei in die entwickelten Länder eingeführten Waren sowohl für die Entwicklungsländer insgesamt als auch für die am wenigsten entwickelten Länder gegenüber dem Vorjahr unverändert. Außerdem führte die Liberalisierung der für sensible Produkte wie Bekleidung und Textilwaren geltenden Quoten, die mit dem Auslaufen des Übereinkommens über Textilwaren und Bekleidung 2005 einherging, zu einer weltweiten Neuausrichtung der Handelsströme, wovon einige Entwicklungsländer profitierten, während anderen – einigen asiatischen und lateinamerikanischen Ländern mit mittlerem bis hohem Einkommen ebenso wie mehre-

ren am wenigsten entwickelten afrikanischen Ländern – Nachteile daraus entstanden.

Der bloße Umstand, dass reiche Volkswirtschaften oder Länder mit mittlerem Einkommen ihre Märkte öffnen, erweist sich für die ärmsten Entwicklungsländer nicht immer als vorteilhaft. Dank verschiedener Initiativen haben die am wenigsten entwickelten Länder Afrikas fast vollständigen zollfreien Zugang zu den Märkten der meisten Entwicklungsländer. Ihre Fähigkeit, diese Chancen zu nutzen, wird durch Angebotsprobleme jedoch erheblich eingeschränkt. Zudem wird die Inanspruchnahme dieser Präferenzregelungen durch restriktive Bedingungen – darunter Ursprungsregeln für Einfuhrprodukte und andere Verwaltungshindernisse – häufig erschwert. Damit die am wenigsten entwickelten Länder ihre Armut überwinden können, bedarf es ergänzend zur Verbesserung des Marktzugangs eines umfangreichen Programms unter dem Motto „Hilfe für Handel“, eine Forderung, die in der 2005 verabschiedeten Ministererklärung der Welthandelsorganisation bekräftigt wurde. Dennoch ging der Anteil der für handelsbezogene technische und Kapazitätsaufbauhilfe bereitgestellten öffentlichen Hilfe zwischen 2001 und 2005 von 4,4 auf 3,5 Prozent zurück.

Die Auslandsschuldenlast der ärmsten Länder wird nach wie vor im Rahmen zweier Programme erleichtert: der Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC-Initiative) und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (MDRI-Initiative). Die von den G-8-Industrieländern vorgeschlagene MDRI-Initiative wurde 2005 mit dem Ziel eingeleitet, die Schulden der hochverschuldeten Länder weiter zu senken und zusätzliche Mittel bereitzustellen, um sie bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu unterstützen. Im Rahmen des MDRI-Programms erlassen drei multilaterale Institutionen – die Internationale Entwicklungsorganisation, der Internationale Währungsfonds und der Afrikanische Entwicklungsfonds – den Ländern, die nach Erfüllung bestimmter Kriterien den HIPC-Prozess abgeschlossen haben, 100 Prozent ihrer berücksichtigungsfähigen Schulden. Anfang 2007 beschloss die Interamerikanische Entwicklungsbank, den fünf am HIPC-Programm beteiligten lateinamerikanischen und karibischen Ländern vergleichbare Schuldenerleichterungen zu gewähren.

Bis April 2007 hatten 22 der 40 HIPC-Länder alle Voraussetzungen erfüllt und gelangten in den Genuss von Schuldenerleichterungen; acht Länder hatten mit Erreichen des so genannten „Entscheidungspunkts“ die erste Phase des Prozesses abgeschlossen und erhielten Schuldenerleichterungen auf vorläufiger Basis. Die verbleibenden 10 Länder erhielten Zusagen über HIPC-Schuldenerleichterungen mit einem Gegenwartswert von 12,5 Milliarden Dollar und könnten Anspruch auf weitere Schuldenerleichterungen im Rahmen der MDRI-Initiative erwerben. Elf weitere Länder sind nach wie vor potenzielle Kandidaten für Schuldenerleichterungen im Rahmen der HIPC-Initiative, konnten diese Chance auf Grund von Konflikten, schlechter Regierungsführung oder Zahlungsrückständen jedoch bislang nicht nutzen.

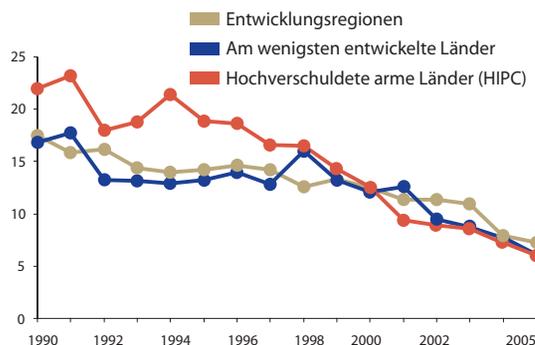
Bis Mitte 2006 waren den Ländern, die den Entscheidungspunkt im Rahmen der HIPC-Initiative erreicht hatten, Schuldenerleichterungen in Höhe von nahezu 60 Milliarden Dollar in Aussicht gestellt worden. Mit den beiden Initiativen soll der Schuldenstand dieser Länder um fast 90 Prozent gesenkt werden. Ihre geschätzten Schuldendienstzahlungen gingen 2005 auf etwa 6 Prozent der Exporteinnahmen zurück; für 2006 ist von einem weiteren Rückgang auf etwa 4 Prozent auszugehen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt dieser Länder sanken die Schuldendienstzahlungen zwischen 1999 und 2005 um etwa 2 Prozent und werden in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter abnehmen.

ZIELVORGABE

Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer umfassend angehen

Die Schuldendienstlast der Entwicklungsländer nimmt weiter ab

Höhe des Auslandsschuldendienstes im Verhältnis zu den Exporteinnahmen – 1990-2005 (in Prozent)

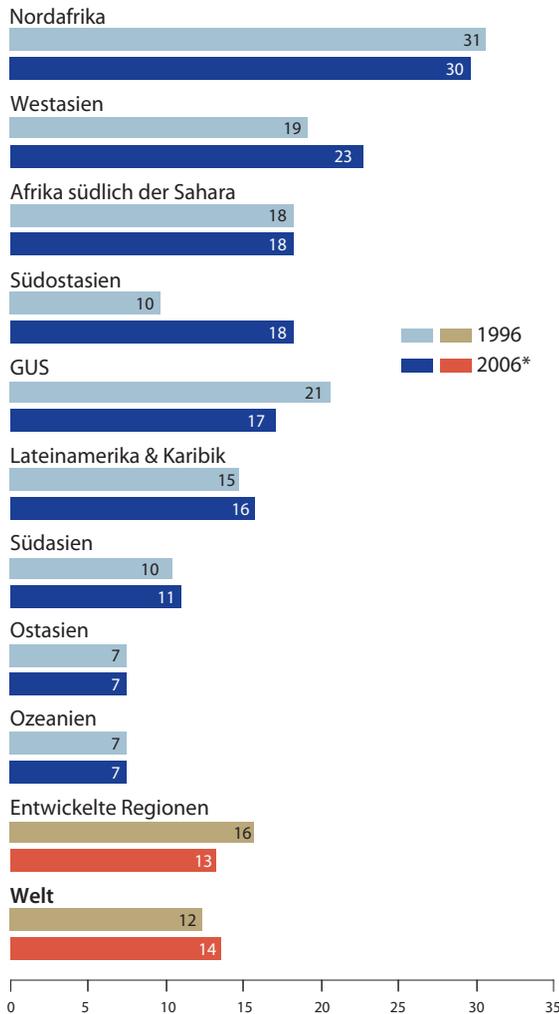


ZIELVORGABE

In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen

Keiner Region gelang es, in ihrer Volkswirtschaft Vollbeschäftigung für junge Menschen herzustellen

Jugendarbeitslosenquoten – 1996 und 2006 (in Prozent)



* Vorläufige Schätzungen

Weder die entwickelten Länder noch die Entwicklungsländer können so schnell Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, dass alle ihre jungen Menschen Arbeit haben.

Zwischen 1996 und 2006 stieg die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen von 74 Millionen auf 86 Millionen, was nahezu der Hälfte der weltweit verzeichneten 195 Millionen Arbeitslosen entspricht. Junge Menschen haben in der Regel größere Schwierigkeiten, Arbeit zu finden, als Erwachsene. In vielen Ländern ist die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen mehr als dreimal so hoch wie bei Erwachsenen. 2006 betrug die Quote der arbeitslosen Jugendlichen 13,6 Prozent, die der arbeitslosen Erwachsenen dagegen 4,4 Prozent.

Die Schaffung von Arbeitsplätzen ist eine umso dringlichere Aufgabe, als für die nächsten Jahre eine überwältigende Zahl von Neuzugängen zum Arbeitsmarkt zu erwarten ist, insbesondere in den Entwicklungsländern – wo 89 Prozent der Jugendlichen der Welt leben. Die Gesamtzahl der Jugendlichen ist seit 1996 um über 142 Millionen gestiegen und wird bis 2015 voraussichtlich um weitere 18 Millionen auf nahezu 1,2 Milliarden anwachsen. Dafür zu sorgen, dass junge Menschen ihre Energie und ihre Talente in produktive Bahnen lenken können, ist ein unerlässlicher Bestandteil der Armutsbeseitigung.

Der erfolgreichen Eingliederung junger Menschen – insbesondere aus armen oder unterprivilegierten Haushalten – in den Arbeitsmarkt kommt auch im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum eine wichtige Rolle zu. Der richtige Einstieg ins Berufsleben verschafft jungen Menschen eine breitere Palette von Möglichkeiten, ihr eigenes Leben sowie das Leben künftiger abhängiger Familienangehöriger zu verbessern. Damit wiederum kann der Ausbreitung generationsübergreifender Armut Einhalt geboten werden. Darüber hinaus neigen junge Frauen und Männer, die über die Mittel verfügen, eine Familie zu unterhalten, weniger zu antisozialem, gewalttätigem oder kriminellem Verhalten.

Arbeitslosigkeit ist nur eine der Begleiterscheinungen schwacher Arbeitsmärkte. Allzu häufig verfügen Menschen über einen Arbeitsplatz, arbeiten jedoch unzumutbar lange und in unregelmäßigen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, die durch niedrige Produktivität, geringen Verdienst, reduzierten Arbeitsschutz und eingeschränkte Rechte gekennzeichnet sind. Alle diese Dimensionen sollten in eine breitere Definition produktiver und menschenwürdiger Arbeit einfließen, deren Analyse uns helfen würde, die Fortschritte auf dem Weg zur Vollbeschäftigung zu verstehen. Alle – auch Frauen und Jugendliche – haben das Recht, ihr Potenzial auszuschöpfen und dank menschenwürdiger und produktiver Arbeit der Armutsfalle zu entkommen.

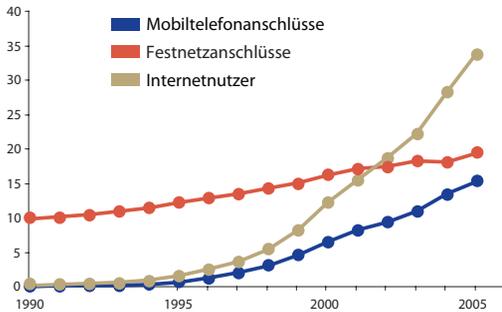


ZIELVORGABE

In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, genutzt werden können

Bei den Informations- und Kommunikationstechnologien verzeichnet der Mobilfunksektor den höchsten Zuwachs

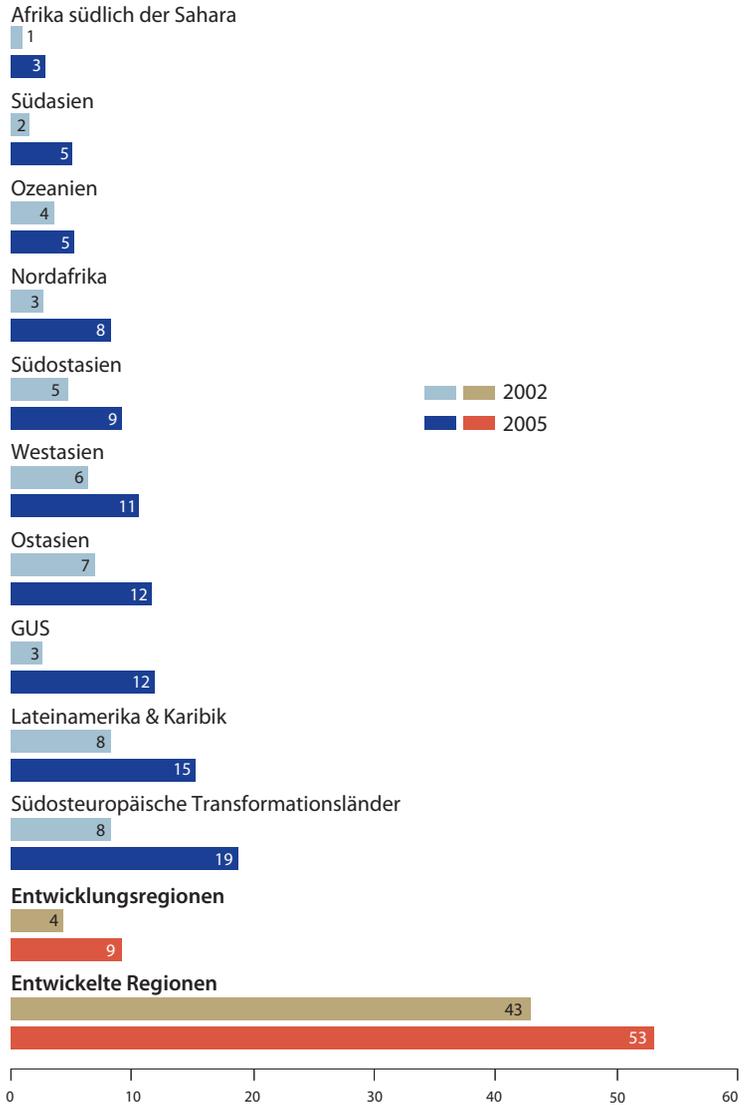
Zahl der Telefon- und Internetanschlüsse je 100 Einwohner – 1990-2005 (in Prozent)



Die Verbindungsdichte nimmt zu, da die Zahl der Internetnutzer und Telefonteilnehmer weltweit steigt. Das schnellste Wachstum verzeichnet der Mobilfunksektor, der entscheidend dazu beiträgt, die Kommunikation in Regionen mit einer geringen Zahl von Festnetzanschlüssen zu verbessern. Die Zahl der Mobilfunkteilnehmer stieg zwischen 1990 und 2005 im Weltmaßstab von 11 Millionen auf 2,2 Milliarden, die der Festnetzanschlüsse im selben Zeitraum von 520 Millionen auf 1,2 Milliarden. In fast allen afrikanischen Ländern gibt es mehr Mobilfunk- als Festnetzteilnehmer. 2005 kamen in Afrika über 55 Millionen neue Mobilfunkteilnehmer hinzu, sodass ihre Gesamtzahl Ende 2005 bei insgesamt 130 Millionen lag. Damit besaßen 15 Prozent der afrikanischen Bevölkerung ein Mobiltelefon, während 3 Prozent über einen Festnetzanschluss verfügten und 4 Prozent das Internet nutzten.

Das Internet wird immer mehr genutzt, ist jedoch in den Entwicklungsländern nach wie vor wenig verbreitet

Zahl der Internetnutzer je 100 Einwohner – 2002 und 2005



Ende 2005 nutzten gut 15 Prozent der Weltbevölkerung das Internet. Die Relationen sind allerdings zu Gunsten der reicheren Länder verzerrt. Während in den entwickelten Ländern 2005 mehr als jeder zweite Einwohner Internetnutzer war, lag der entsprechende Anteil in den Entwicklungsländern bei 9 Prozent, in den 50 am wenigsten entwickelten Ländern bei 1 Prozent.

ស្រុកស្រែចម្ការ
ស្រុកស្រែចម្ការ
ស្រុកស្រែចម្ការ
(011)977 544

53



TANGO
MobiTel

CELLcard
Sold Here

PH 7017
P
7418

បំណែងស្តុក

ក្រុមប្រឹក្សាប្រទេស
Net 2 Phone



Hinweise für den Leser

Ermittlung des Umsetzungsstands der Millenniums-Entwicklungsziele

In der im Jahr 2000 von den politischen Führern von 189 Ländern unterzeichneten Millenniums-Erklärung wurde 2015 als Zieljahr für die Erreichung der meisten Millenniums-Entwicklungsziele angesetzt. Den meisten Zielvorgaben, die zur Überwachung der zwischen 1990 und 2015 erzielten Fortschritte dienen sollen, liegt das Basisjahr 1990 zugrunde. In diesem Bericht wird der Umsetzungsstand zur Halbzeit auf der Grundlage der im Juni 2007 verfügbaren Daten bewertet¹. Da jetzt vermehrt Daten für den Zeitraum nach 2000 eingehen, sind die Daten für 2000 nach Möglichkeit ebenfalls angegeben, um ein klareres Bild der seit der Unterzeichnung der Erklärung erzielten Fortschritte zu vermitteln.

Grundlagen dieser Analyse

Dieser Analyse liegen von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele zusammengestellte regionale und subregionale Werte zugrunde. Diese errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Daten für ein bestimmtes Land, wobei die Referenzbevölkerung der Gewichtungsfaktor ist. Um die Vergleichbarkeit zwischen Ländern und Regionen zu gewährleisten, werden die Daten herangezogen, die auch von internationalen Organisationen innerhalb ihres jeweiligen Sachgebiets verwendet werden (eine Auflistung der beitragenden Organisationen findet sich auf der vorderen Umschlagsinnenseite). Pro Indikator wurden eine oder mehrere Organisationen zur offiziellen Datenquelle und federführenden Stelle für die Entwicklung geeigneter Datenerhebungs- und -analysemethoden bestimmt.

Die Daten stammen in der Regel aus amtlichen Statistiken, die die Regierungen den für den jeweiligen Indikator zuständigen Organisationen übermitteln. Dies geschieht über einen Mechanismus für die regelmäßige Erhebung von Daten. Für Beschäftigungsdaten beispielsweise sammelt die Internationale Arbeitsorganisation von den Arbeitsministerien und Statistikämtern jedes Landes Arbeitsmarktindikatoren; im Bereich Gesundheit sammelt die Weltgesundheitsorganisation von den Gesundheitsministerien und den nationalen Statistikämtern aus aller Welt amtliche Aufzeichnungen und Haushaltserhebungsdaten zu wichtigen Krankheiten.

Um die vielfach bestehenden Datenlücken zu schließen, werden für die Erfassung bestimmter Indikatoren ergänzend oder ausschließlich Daten aus Erhebungen herangezogen, die von internationalen Organisationen gefördert und durchgeführt werden. Dies gilt vor allem für Gesundheitsindikatoren, die größtenteils aus Mehrfachindikator-Clustererhebungen sowie aus demografischen Gesundheitserhebungen abgeleitet werden.

In einigen Fällen verfügen einzelne Länder über aktuellere Daten als die zuständigen Sonderorganisationen. In anderen Fällen legen Länder die zur Errechnung des Indikators erforderlichen Daten nicht vor, woraufhin die zuständigen internationalen Organisationen die fehlenden Werte schätzen. Schließlich sind, selbst wenn die Länder die erforderlichen Daten regelmäßig vorlegen, oft Anpassungen notwendig, um internationale Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Die Statistikabteilung der Vereinten Nationen führt die offizielle Website der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele sowie ihre Datenbank – zugänglich über <http://mdgs.un.org> –, die sowohl die aggregierten Daten als auch die Landesdatenreihen enthält, die von allen Partnerorganisationen vorgelegt werden. Darüber hinaus enthält die Datenbank auch die detaillierten Metadaten für die Berechnung

der Indikatoren sowie die für die regionale Aggregation verwendete Methodik.

Die in diesem Bericht verwendeten aggregierten Zahlen dienen der Gesamtbewertung der regionalen Fortschritte im Hinblick auf die acht Ziele und sind ein geeignetes Mittel, die im Laufe der Zeit erzielten Fortschritte zu verfolgen. Die Situation einzelner Länder innerhalb einer bestimmten Region kann jedoch erheblich von den hier angegebenen Durchschnittswerten abweichen.

Aufbau leistungsfähigerer Statistiksyste-me

Die Verfügbarkeit genauer Statistiken und die Fähigkeit von Regierungen, Gebirgen und internationalen Organisationen zur systematischen Messung und Überwachung von Fortschritten auf allen sozialen und wirtschaftlichen Gebieten sowie zur Berichterstattung darüber sind ein Eckstein der Entwicklungspolitik und der Erreichung der Millenniumsziele.

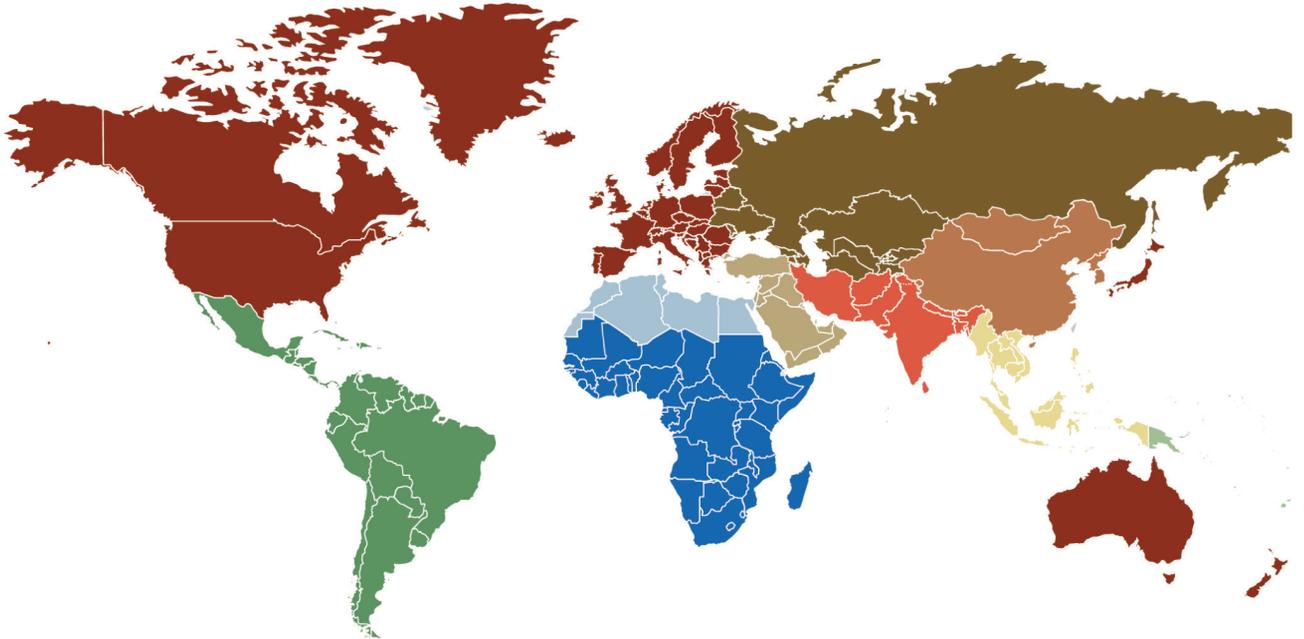
Verlässliche Daten auf nationaler und lokaler Ebene sind unverzichtbar, wenn es darum geht, politische Entscheidungsgrundlagen zu liefern, die Wirksamkeit wichtiger Interventionsmaßnahmen zu ermitteln und zu messen und um Fortschritte zu überwachen. Seit Beginn der regelmäßigen Bewertung des Umsetzungsstands der Millenniumsziele vor mehr als fünf Jahren wurden eine Reihe von Initiativen für den Kapazitätsaufbau in den Bereichen Datengewinnung, -analyse und -verbreitung eingeleitet, um den diesbezüglichen Bedarf der Entwicklungsländer zu decken. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung erfolgte 2004 mit der Unterstützung des „Aktionsplans von Marrakesch für Statistik – Bessere Daten für bessere Ergebnisse, ein Aktionsplan zur Verbesserung der Entwicklungsstatistik“ durch die zweite Internationale Rundtischkonferenz über Management im Dienste der Entwicklungsförderung, bei der Hilfeempfänger und Interessenträger auf Geberseite zusammenkamen.

Im Einklang mit dem Aktionsplan von Marrakesch hat auch die Interinstitutionelle und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele den Kapazitätsaufbau auf dem Gebiet der Statistik zu einem ihrer Arbeitsschwerpunkte erklärt. Zu diesem Zweck ist die Gruppe dabei, gemeinsam mit internationalen Organisationen, Gebirgen und Vertretern nationaler Statistikämter diesbezüglich die einzelstaatlichen Prioritäten zu bestimmen. Darüber hinaus geben sie konkrete Empfehlungen dazu ab, wie die Hilfe für einzelne Länder auf dem Gebiet der Statistik besser erbracht und koordiniert werden kann.

Erst kürzlich hat die Statistische Kommission der Vereinten Nationen, die sich aus Vertretern der nationalen Statistikämter zusammensetzt, die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam gemacht, in Ländern mit begrenzten Ressourcen statistische Kapazitäten aufzubauen. Die Kommission legte im März 2006 einen Resolutionsentwurf über Kapazitätsaufbau auf dem Gebiet der Statistik vor, den der Wirtschafts- und Sozialrat im Juli 2006 billigte. Der Aufbau entsprechender Kapazitäten wird eine höhere und besser koordinierte finanzielle und technische Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft erfordern. Der Erfolg wird davon abhängen, dass die Länder die Verantwortung für diese Initiativen übernehmen und die Regierungen die institutionellen Veränderungen anstoßen, die für die Tragfähigkeit der Initiativen für den Kapazitätsaufbau notwendig sind.

¹ Angesichts des Zeitabstands zwischen Datenerhebung und -analyse liegen nur für wenige Indikatoren Daten des laufenden Jahres bzw. des Jahres 2006 vor.

Regionale Gruppen



- Entwickelte Regionen
- Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)
- Nordafrika
- Afrika südlich der Sahara
- Südostasien
- Ozeanien
- Ostasien
- Südasien
- Westasien
- Lateinamerika & Karibik

Die in diesem Bericht aufbereiteten Daten zeigen den Umsetzungsstand der Millenniums-Entwicklungsziele für die Welt insgesamt sowie für verschiedene Ländergruppen. Diese Gruppen sind unterteilt in die „Entwicklungs“-Regionen, die Transformationsländer der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten Asiens und Europas sowie die „entwickelten“ Regionen¹. Die Entwicklungsregionen wiederum werden den aus der Karte ersichtlichen Subregionen zugeordnet. Diese regionalen Gruppen bauen auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige notwendige Änderungen vorgenommen wurden, um sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden. Eine vollständige Liste der Länder jeder Region und Subregion findet sich unter <http://mdgs.un.org>.

¹ Da im System der Vereinten Nationen keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder Gebiete besteht, erfolgt diese Unterscheidung hier lediglich zum Zweck der statistischen Analyse.

Weitere Informationen in Englisch finden sich
auf der Website der VN-Statistikabteilung über
die Millenniums-Entwicklungsziele unter
<http://www.mdgs.un.org>

auf der VN-Website über die Millenniums-
Entwicklungsziele unter
<http://www.un.org/millenniumgoals>

auf der Website der VN-Gruppe für die
Millennium-Kampagne unter
<http://www.millenniumcampaign.org>

FOTOS

Deckblatt: VN-Foto/Eskinder Debebe
Seite 2: VN-Foto/Evan Schneider
Seite 6: VN-Foto/Kevin Bubriski
Seite 9: VN-Foto
Seite 10: VN-Foto/Eskinder Debebe
Seite 12: VN-Foto/Martine Perret
Seite 14: VN-Foto/Evan Schneider
Seite 16: UNICEF/Shehzad Noorani
Seite 18: VN-Foto/Eskinder Debebe
Seite 22: VN-Foto
Seite 27: VN-Foto
Seite 28: UNCDF/Adam Rogers
Seite 31: VN-Foto/Louise Gubb
Seite 33: ITU-Foto

Copyright © Vereinte Nationen 2007
Alle Rechte vorbehalten.

Das Versprechen halten
Millenniums-Entwicklungsziele



„In der 2000 verabschiedeten Millenniums-Erklärung entfalteten die Führer der Welt eine neue Vision für die Menschheit. Sie verpflichteten sich, ‚keine Mühe zu scheuen, um unsere Mitmenschen – Männer, Frauen und Kinder – aus den erbärmlichen und entmenschlichenden Lebensbedingungen der extremen Armut zu befreien‘.

Wir müssen uns bewusst sein, welches globale Vertrauen hier auf dem Spiel steht und welche Gefahr besteht, dass die Hoffnungen vieler Entwicklungsländer ein für alle Mal zunichte gemacht werden könnten, wenn trotz der größten Armutsbekämpfungsbewegung der Geschichte alles beim Alten bliebe.

Sind wir auf Kurs, um 2015 rückblickend sagen zu können, dass keine Mühen gescheut wurden?“

– Der Herausforderung des weltweiten Wandels begegnen

(Jahresbericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen 2006)



Veröffentlicht von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale
Angelegenheiten der Vereinten Nationen DESA – Juni 2007